

Bezugspreis: Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark, vierteljährlich 6 Reichsmark, halbjährlich 12 Reichsmark, jährlich 24 Reichsmark. Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt' mit 'Bildung und Ringarten' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' und Frauenbeilage 'Frauenstimme' erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Kompatibilität 80 Pfennig, Restkompatibilität 100 Pfennig. Kleine Anzeigen... Das seitgedruckte Wort 10 Pfennig...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, eingegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Dienstag, den 9. März 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Postfach: Berlin 37 534 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 61; Distrikts-Gesellschaft, Postfach 10000, Berlin 1.

Reichsschulgesetz oder nicht?

Der Leidensweg des Reichsschulgesetzes.

Von Dr. Richard Bohmann.

Seit nahezu sieben Jahren wartet die deutsche Volksschule auf das ihr in Artikel 146 der Reichsverfassung verheißene Reichsschulgesetz. Wartet die weltliche Schule auf die ihr ebendort verheißene gesetzliche Anerkennung der Gleichberechtigung...

Aber diese — man darf sagen: äußerlichen — Gründe sind es nicht allein, die den verfassungsmäßigen Aufbau und Ausbau unserer Schule bis auf den heutigen Tag verhindert haben. Die Klüfte, die das Weimarer Schulkompromiß zu überbrücken suchte, bestehen fort. Die Gegensätze, deren Auswirkung es durch das Postulat gegenseitiger Duldung abzuschwächen suchte, haben sich unter dem Druck innerpolitischer Entwicklungen verschärft...

Nie zuvor traten diese Zusammenhänge so klar und deutlich zutage, als wenn man jetzt die umfassende und atemberaubende Darstellung der jahrelangen Kämpfe um das Reichsschulgesetz liest, die der Vater des Weimarer Kompromisses und der verantwortliche Leiter der Reichsschulpolitik im Ministerium des Innern, Genosse Heinrich Schulz vor kurzem der Öffentlichkeit übergeben hat.

Die Schrift von Heinrich Schulz zeigt in ihrem Durchschnitt durch die Schulkämpfe eines Jahrhunderts, wie in der Schilderung der jüngsten Ereignisse das eine jedenfalls wieder mit vollster Klarheit, daß der Realisierung unseres kulturpolitischen Willens in der Gegenwart Schranken gesetzt sind, die man wohl in Gedanken, aber niemals in der Wirklichkeit überpringen kann, ohne selbst zu stürzen.

Die Achtung vor der geschichtlichen Wahrheit zwingt uns, festzustellen, daß dadurch ein — begierig aufgegriffener — Vorwand für die Reaktion gegeben war, ihrerseits völlig den Boden des Kompromisses, den Boden der Verfassung zu verlassen und die Bekenntnisschule zur Regelschule zu erklären. Ein Vorwand, kein innerer Grund.

\*) Der Leidensweg des Reichsschulgesetzes. Von Heinrich Schulz, Staatssekretär im Reichsministerium des Innern und M. d. A. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin. 190 S. Preis 2,50 M.

Diplomatennöte in Genf.

Man sucht einen Ausweg und findet ihn nicht.

V. Sch. Genf, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Eröffnungssitzung der außerordentlichen Völkerbundstagung am heutigen Nachmittag begegnete nur geringem Interesse. Einmal weil es sich dabei nur um die üblichen Eröffnungsformalitäten handelte — Ansprache des amtierenden Ratsvorsitzenden, Wahl der Mandatsprüfungskommission, Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten —, vor allem jedoch, weil die Gemüter nach wie vor und fast ausschließlich durch den Kampf um die Ratsfige in Anspruch genommen sind.

Auch der Montag war gut!

Drei Stichproben von der Einzeichnung am Montag:

Table with 3 columns: Day, Prenzlaue Berg, Friedrichshain, Wedding. Rows show votes for Sonnabend, Sonntag, Montag.

sind diesmal mit nur 2 oder gar nur durch einen einzigen Delegierten vertreten, namentlich die süd- und zentralamerikanischen Republiken, die meist ihre Pariser oder Berner diplomatischen Vertreter mit dieser Aufgabe betraut haben.

Das ist jedoch letzten Endes gleichgültig, da jeder Staat sühungsgemäß nur über eine Stimme verfügt. Gerade die süd- und zentralamerikanischen Staaten sind allerdings so zahlreich, daß sie bei solchen Abstimmungen wie der Wahl eines Präsidenten eine entscheidende Rolle spielen. Das war auch diesmal der Fall: Nachdem sie nämlich am Vormittag beschloffen hatten, für den portugiesischen Delegierten Alfonso Costa zu stimmen, war eine Gegenkandidatur aussichtslos.

Die Wahl Costas traf übrigens keinen Unwürdigen, denn der portugiesische Minister ist schon seit vielen Jahren als ein aufrichtiger Demokrat bekannt, der bei dem demokratischen Umsturz in seinem Lande vor 16 Jahren eine hervorragende Rolle spielte.

Politiker sollten sich vor Prophezeiungen hüten, ganz besonders in Fragen der Kulturpolitik, deren Lösung mit dem Ballast der Kompensationen auf anderen Gebieten beladen ist, weil auch in der deutschen Republik die Adern der sozialen und der weltanschaulichen Struktur unseres Volkes tausendfach durcheinanderlaufen.

In den sieben Jahren, in denen wir vergeblich um das Reichsschulgesetz ringen, ist die Entwicklung in unserer eigenen Reihen nicht stehen geblieben. Wir haben — je länger, je mehr — gelernt, daß gerade für uns der Inhalt der Schule nicht minder wichtig ist als ihre Form.

Noch sind die Plätze, die für Deutschland — nach der französischen alphabetischen Reihenfolge — in der vorderen Reihe, unmittelbar vor dem Präsidium, reserviert sind, leer, aber kein Mensch zweifelt daran, daß sie nach Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten bald von Luther und Stresemann eingenommen werden.

Wie werden sich diese Schwierigkeiten überwinden lassen? Das ist eigentlich das einzige Thema, das in Genf allenthalben erörtert wird. Um es gleich zu sagen, ist am heutigen Tage keinerlei Fortschritt erzielt worden. Die Lage ist ebenso unklar wie gestern, es ist noch alles in der Schwebe, und das hängt nicht nur mit der Abwesenheit Briands zusammen, sondern es liegt auch an der Verzwicktheit des Problems überhaupt.

Nur ist diesmal die Lage insofern eigenartig, als zwar die Sache selbst, um die es sich dreht, nicht die große Aufregung wert ist, die ihrtweigen überall entstanden ist, indessen ein gegenseitiges Entgegenkommen, ein Kompromiß, schwer durchführbar ist. Das bestätigte mir heute nachmittags einer der führenden Staatsmänner, den man zwar nach der allgemein bisher gültigen Klassifizierung als zur Gegenseite gehörend gerechnet, der aber in der Frage der Ratsfige dem deutschen Standpunkt durchaus gerecht wird.

Fast übereinstimmend hört man die Ansicht, daß die Angelegenheit der Ratsfige sehr ungeschickt aufgerollt wurde. Die Vorwürfe, die hierin erhoben werden, richten sich noch mehr gegen Chamberlain als gegen Briand, der wenigstens die Einuschuldigung hat, daß er in den letzten sechs Wochen Dinge innerpolitischer Art im Kopfe hatte, daß er diesem heiklen Problem nicht jene behutame Behandlung zuteil werden lassen konnte, die es verdiente.

Auf deutscher Seite weist man mit nicht geringem Nachdruck auf die Beschlüsse des Reichskabinetts und des Auswärtigen

hinausgewachsen ist. Um so schwerer vielleicht, den Weg zurückzufinden. Und doch gibt es — darin stimmen wir Heinrich Schulz durchaus zu — für die Gegenwart keine andere Lösung als die, in ehrlicher Auslegung der Weimarer Verfassung allen weltanschaulichen Richtungen gegenüber Duldung und Freiheit der Entwicklung zu gewährleisten.

Wir sind bereit, einen solchen Weg in ehrlicher Durchführung der Weimarer Vereinbarungen zu gehen, weil wir im tiefsten Innern davon überzeugt sind, daß die weltliche Schule sich durchsetzen, sich auch ohne Zwang als die Schule der Zukunft bewähren wird.

„Und darum“, ruft Heinrich Schulz, „an die Arbeit für ein Reichsschulgesetz, in dem das Streben nach größter Leistungsfähigkeit des deutschen Schulwesens und der Wille zu verständnisvoller Duldbarkeit gegenüber der Weltanschauung des anderen einander die Hände reichen!“



Ausschusses des Reichstages sowie auf die äußerst schwierige Lage hin, die sich für die Reichsregierung bei einer Rückhaltung dieser Richtlinien ergeben würde. Luther und Stresemann haben offensichtlich eine begriffliche Angst vor dem Geheul der deutschen nationalen Presse beim geringsten Entgegenkommen ihrerseits und haben von den Erfahrungen, die sie schon nach Locarno gemacht haben, genug. Die anderen Mächte sind sich übrigens dieser innerdeutschen Schwierigkeiten bewußt und finden den Widerstand des Reichstages und des Außenministers durchaus erklärlich, obgleich sie ihn aus den gleichen Gründen im eigenen Interesse zu lockern bestrebt sind.

Unklar und widerspruchsvoll ist die Haltung Chamberlains. Er hat eine öffentliche Meinung hinter sich, die gegen jede Rats-erweiterung ist. Er nützt diesen Vorteil aber nicht aus, sondern versucht umgekehrt gegen die Stimmung im eigenen Lande einen permanenten Ratsitz für Spanien durchzusetzen. Er tut dies, weil er sich persönlich dazu verpflichtet, vor Jahren schon Spanien gegenüber und kürzlich auch Polen gegenüber, denen er auf diese Art wenigstens im September zu einem provisorischen Sitz verhelfen möchte. Er betont jedoch immer wieder, daß er mit diesem Bestreben gleichzeitig auf das eifrigste besorgt sei, ja nicht die Gefühle Deutschlands zu verletzen. Chamberlain versichert selbst und läßt überall durch seine Vertrauensleute versichern, daß eine solche Lösung nicht die mindeste Spitze gegen Deutschland enthalten würde und daß jeder Argwohn dieser Art auf deutscher Seite unberechtigt wäre.

Die deutsche Delegation wiederum will aus den oben erwähnten Gründen keinerlei Bindung für die Zukunft eingehen, so daß ihr Kompromißvorschlag der Einsetzung einer Kommission, von der Gegenpartei als eine leere Geste bezeichnet wird, mit der man nichts anfangen könne. Und dann ist Spanien, das noch immer droht, den Völkerverbund zu verlassen, wenn es nicht schon jetzt einen permanenten Sitz erhält. . . . Vielleicht ließe es sich ja befähigen, wenn ihm versprochen wäre, daß bei Ablauf seines jetzigen provisorischen Mandats es im September einen ständigen Charakter erhalten würde. Aber das ist ja wiederum eine jener „Bindungen“, die Deutschland sich sträubt einzugehen.

Es ist hier schon die Möglichkeit erwähnt worden, daß Deutschland und auch die anderen Ratsmächte sich schließlich irgendwie einigen, was aber dann doch nichts nütze, wenn Schweden auf seinem Nein verharret. Diese Möglichkeit ist durchaus ernst zu nehmen, denn Genosse Lindén hat heute verschiedenen Persönlichkeiten, die mit ihm Fühlung nahmen, erklärt, daß er sich seit jeher und neuerdings noch vor der Abreise nach Genf unter Zustimmung der gesamten schwedischen öffentlichen Meinung auf die strikte Ablehnung einer jeden Veränderung in den Ratsfragen festgelegt habe, und daß er seitdem die Zustimmung zahlreicher neutraler Staaten erhalten habe. Auch das ist zweifellos richtig, ebenso alle Sonderwünsche Spaniens, Polens usw., die im Widerspruch zum Wortlaut und auch zum Geiste der Völkerverbündigungen stehen und daher bekämpft werden müßten. Vom internationalen Völkerverbandsstandpunkt und auch vom international-sozialistischen Standpunkt aus hat Schweden ein zweifellos rechtes. Ob die hartnäckige Aufrechterhaltung dieses Standpunktes praktisch möglich sein wird, das ist allerdings eine andere Frage, die im Laufe der kommenden Tage beantwortet werden wird.

In Genf ist, wie aus den Berichten unseres dortigen entsandten Redaktionsmitgliedes hervorgeht, eine neue Situation entstanden, die sich in den Diskussionen über die Ratsfrage nicht voraussehen ließ. In Stelle Polens ist Spanien als allerdringlichster Bewerber in den Vordergrund getreten, und diese Werbung wird mit der Drohung des Austritts für den Fall ihrer Ablehnung verknüpft.

Es ist eine fast komödienhafte Verwicklung! Die Deutschen erklären, ihr Eintrittsgesuch zurückziehen zu wollen, wenn nicht Deutschland jetzt allein und ohne jede Bindung für die weitere Behandlung der Frage unter die ständigen Ratsmitglieder aufgenommen wird. Die Spanier drohen mit dem Austritt, wenn nicht auch sie einen ständigen Ratsitz erhalten. Die Staatsmänner in der Mitte zwischen beiden sind wahr-

haftig nicht zu beneiden, um so weniger als ihnen ja auch noch andere Regierungen außer der spanischen mit ihren Ratswünschen in den Ohren klingen. Erfüllen sie den Willen Deutschlands, so drohen die anderen davonzulaufen. Erfüllen sie den Willen der anderen, so bleiben die Deutschen draußen.

Was hier zu tun ist, muß die deutsche Delegation an Ort und Stelle entscheiden. Ihre Stellung ist moralisch stark, weil sie korrekt ist, und sie ist politisch stark, weil von ihr das Schicksal der Verträge von Locarno abhängt. Sie muß von sich aus beurteilen, ob es politisch klug ist, mit allen Trümpfen, die sie in der Hand hat, aufzutrompseln, oder ob es nicht vielleicht politisch noch klüger ist, wenn sie den anderen hilft, einen Ausweg aus diesen Verwicklungen zu finden. Ein endgültiges Urteil über ihr Verhalten wird erst gefällt werden können, wenn die Genfer Tagung beendet ist und ihre Ergebnisse vorliegen. Die deutsche Delegation wird für ihr Verhalten Verständnis finden, wenn diese Ergebnisse glücklich sind. Ist es auch richtig, daß sie bis zu einem gewissen Grade gebundene Marschroute hat, so wird man sich über kleine Abweichungen nicht beklagen, wenn nur das Ende gut ist.

Um es nochmals ganz klar zu sagen: Deutschland hat ein Recht, zu verlangen, daß es zunächst allein ständiges Ratsmitglied wird und daß jede Erörterung über sonstige Erweiterungen des Rats bis nach seinem Eintritt zurückgestellt wird. Aber die deutsche Delegation in Genf ist nicht Vertreterin Deutschlands in einem Zivilprozeß, sondern sie hat in Genf Politik zu treiben in der Weise, wie das für Deutschland auf lange Sicht am vorteilhaftesten ist.

### Kommissionsvorsitzende und Vizepräsidenten

Genf, 8. März. (W.T.B.) Die Völkerverbündungsversammlung wählte den englischen Außenminister Sir Austen Chamberlain zum Vorsitzenden des ersten Ausschusses, der über den Aufnahmeantrag Deutschlands zu entscheiden hat, und den früheren französischen Handels- und Finanzminister Voucheur zum Vorsitzenden des Budgetausschusses, dem die Festsetzung des Jahresbeitrags Deutschlands und die nächsten Entscheidungen über den Bau eines Versammlungsgebäudes obliegen.

Chamberlain und Voucheur sind gleichzeitig Vizepräsidenten der Völkerverbündungsversammlung. Außerdem wurden folgende Delegierte zu weiteren Vizepräsidenten gewählt: Scialoja-Italien, Ishii-Japan, James Allen-Neuseeland, Caballero-Paraguay, Titulesco-Rumänien und Morales-Son-Domingo. Die beiden Ausschüsse nehmen am Dienstag nachmittag um 4,35 Uhr ihre Beratungen auf. Die Versammlung vertagte sich darauf. Der Zeitpunkt der nächsten Sitzung ist noch nicht bestimmt.

### Die deutsche Delegation legt sich fest.

Genf, 8. März. W.T.B. meldet: Einer Meldung des „Journal de Genève“ zufolge soll der Korrespondent der „Times“ nach London berichtet haben, man halte es für möglich, daß die deutsche Delegation für den spanischen Sitz gewonnen werden könne. Demgegenüber sei, ohne die Bedeutung und Berechtigung der einzelnen Kandidaturen in diesem Zusammenhang zu würdigen, erneut darauf hingewiesen, daß die deutsche Delegation in Genf an dem bisher vertretenen, in der Hamburger Rede des Reichstagslers dargelegten Standpunkt festhält.

### Zentrum und Fürstenabfindung.

#### Für den neuen Kompromißantrag.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags hielt am Montagabend nach der Plenarsitzung eine kurze Fraktionsitzung ab, in der sie den Bericht über das am Freitag vereinbarte Kompromiß zur Fürstenabfindung entgegennahm. Die Fraktion stimmte dem Kompromiß ohne weitere Aussprache zu. Die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung werden am Dienstagabend Stellung nehmen.

### Tendenzjustiz!

#### Landeschulrat Stözel zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. — Ein politischer Nachakt.

Braunschweig, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Prozeß gegen den ehemaligen sozialistischen Landeschulrat Dr. Stözel beantragte heute der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten wegen Amtsunterschlagung und Betrug, ferner Abertennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von zwei Jahren.

Nach den Plädoyers der Verteidiger, die Freisprechung beantragten, und nach fast dreistündiger Urteilsberatung verkündete das Gericht eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten wegen Betruges und Amtsunterschlagung und auf Abertennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von zwei Jahren.

Die Anklage in mehreren Punkten mußte fallen gelassen werden, aber die zweimalige Benützung des amtlichen Telefons zu angeblichen Privatgesprächen wurde als Betrug angesehen. In einigen anderen Fällen konnte das Gericht den Nachweis des Betruges nicht erbringen. Die Entnahme einiger Probekulbücher aus dem Landesamt wurde als Untererschlagung angesehen, obwohl die Bücherei allen Beamten des Amtes offenstanden hatte. Die Urteilsgründung war in einem äußerst beleidigenden Ton gehalten; man sprach dem Angeklagten Feingefühl, Takt und Wahrheitsliebe ab, während man dem Kronzeugen Köhler, der früher aus dem Lehramt ausgeschieden war und sich dann in Briefen bei Stözel um Anstellung beworben hatte und nach Aufnahme im Landeschulamt die systematische Bespitzelung Stözels übernommen hatte, die volle Glaubwürdigkeit zuerkannte.

Daß politische Motive beim Urteil maßgebend gewesen seien, wurde selbstverständlich bestritten. Aber die Bevölkerung wird zweifellos dieses Urteil als politischen Nachakt betrachten.

Wir nehmen an, daß die Braunschweiger Richter selbst damit rechnen, daß dieses Urteil angefochten werden wird. Es ist schwer zu glauben, daß Richter, die derartige Urteile fällen, nicht bewußt das Recht beugen. Es gibt für dies Urteil nur eine Erklärung: Stahlhelmjustiz!

Haben wir überhaupt noch eine „Recht“prechung in Deutschland? Der Mißbrauch des Richteramtes zur Bekämpfung politischer Gegner hat den letzten Rest von Vertrauen in die deutsche Justiz zerstört. Die schönsten Reden des Reichsjustizministers reiten diese politische Justiz nicht mehr vor dem Verdammungsurteil des Volkes.

### Hitlers Helfer.

#### Zuchthändler, Spion, fahnenflüchtig und — Diskussionsredner beim Volksbegehren.

Augsburg, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Kampf um das Volksbegehren tauchte in bayerischen Versammlungen in den letzten Wochen ein gewisser Hans Ringler aus Augsburg als Diskussionsredner auf, der die Zuhörer durch sein unreligiöses Gerede belästigte. Als er das am Freitagabend auch in einer Augsburger Versammlung versuchte, wurde ihm vom Versammlungsleiter folgende Frage zur Beantwortung vorgelegt: „Ob Hans Ringler mit einem Mann identisch sei, der seinerzeit fahnenflüchtig gewesen sei, der im besetzten Gebiet in den Diensten der Franzosen gestanden, vor nicht langer Zeit eine zweijährige Zuchthausstrafe verbüßt und auch sonst noch allerlei auf dem Kerbholz habe?“ Die Versammlung lehnte es daraufhin ab, ihn als Diskussionsredner anzuhören. Dieser Hans Ringler ist verantwortlicher Schriftleiter und Verlagsvertreter des Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung „Großdeutschlands“, „Der Hakenkreuzler“. Dieses Blatt ist ein in Innsbruck gedrucktes Organ Adolf Hitlers; sein Verlag befindet sich in Berlin NW.

Die Landsberger Staatsanwaltschaft hat beantragt, die Mordmordangelegenheit Schigbour und Genossen an den Staatsgerichtshof zu überweisen, da in diesem Verfahren auch Anklage wegen Hochverrats erhoben werden soll.

### Der Amsterdamer Expres.

Von Emil Rath.

Wochenlang bin ich nun schon die gleiche Eisenbahnstrecke gefahren. Zweimal täglich trägt mich der Vorortzug an rauchgeschwärmten, schwindelhaften Häusern, unwirtlichen, unfertigen Baubetonkolonien vorüber. Es ist Tag für Tag das gleiche Bild. Nur wenn wärmere Luft weht, steht die von sorglichen Frauen im Freien zum Trocknen aufgehängte Wäsche bunte Flecken in das graue Fintel.

Wie ich aber eines Tages gelangweilt zum Fenster hinausschaue, fährt neben dem Vorortzug ein anderer Zug dahin. Die Bewegung beider Züge ist gleichgerichtet und täuscht Stillstand vor. In Ruhe lese ich auf dem langgestreckten hellbraunen Leib des neben uns dahinzuhenden Bogens in roter Schrift auf weißem Schilde: Amsterdamer Expres. Und das gibt mir einen Ruck: Amsterdam —

Ich kann gerade in ein Abteil erster Klasse hineinblicken. Auf dem herausfordernd roten Plüsch stummert ein breiter Streif Sonnengold. Am geöffneten Fenster sitzen zwei gut gekleidete Herren, stützen nachlässig einen Ellenbogen auf den aufgeschlagenen Rauchsigar und laugen nachdenklich an dicken Zigaretten. Amsterdamer Expres —

Allmählich trennen sich die Wege beider Züge. Bitteres Gefühl reißt und zerrt am Herzen. Tag für Tag in die Tretmühle, immer mit dem gleichen Vorortzuge — und drüben stampfen befreit ratternde Achsen in schnellerem Takt: Am—sterdam, Am—sterdam, Am—sterdam. Dem suchend nach innen gerichteten Blick blühen frühlinghafte Visionen auf: Saubere Straßen, schnurgerade silberne Kanäle, dunkle Windmühlen, träge gegen den blauen Horizont gelehnt, der Wasser über Himmel, vielleicht auch beides ist — der freier Amsterdamer Expres! Ich muß mich aus dem Fenster lehnen, den schneller und schwächer werdenden Takt seiner Räder einzulösen. Es ist, als risse er meine Sehnsucht hinter sich her. Nicht mit sorglosem Jauchzen, nein, so wie Achilles die Leiche Hektors hinter sich herschleift, überlegen, erniedrigend. Und ist denn Amsterdam ein Ziel? Torheit! Es ist so Pforte einer anderen Welt. Von dort tragen sichere Schiffe Menschen in alle Welt. Menschen mit Hoffnungen, Menschen mit Wunden, Menschen mit Träumen. Aber hier im Vorortzug sitzen wohl nur Menschen mit Wunden, vielleicht auch einmal mit Träumen. Von Amsterdam kann wohl leicht ein Mensch entstehen, wenn er Trauer im Herzen trägt, kann sich versinken lassen in den unendlich blauen Himmel der Südsee und wieder lachen lernen, kann wieder froh und lustig werden —

Dahin bräut der Expres. Seine weiße Rauchfahne weht zerfahren über die Ebene; seine Räder höre ich nicht mehr stampfen. Welt, weit läßt er den langsamen Vorortzug hinter sich. Und doppelt träger scheint unser Vorortzug dahinzufahren durch eine tiefe Schlucht, die meine Sehnsucht grau zu beiden Seiten des blanken

Stranges lüftet. Nun knirschen die Bremsen, die Räder sprühen: Station. Dann wird alles aussteigen, und auf dem Bahnhofsweser wird ein Schild erscheinen: Leerzug.

Leerzug! Expreszug! Hier graue Grenze — dort weites, lockendes Land. Ihr Jüge des Lebens: hier Vorortzug, getränkt von herbem Schweißgeruch, mit der Seele einer Schnecke, nichts als schnaufendes Pendel zwischen zwei Stationen: Arbeit und Zuhause. Dort Expreszug, dahinstrebend in raselndem Takte auf weichen Federn, mit roten und grünen Postern, großen, klaren Fenstern, mit Rauchschiffen, verächtlich vorbei an all den vielen, kleinen Stationen.

Uns bleibt keine Station erspart. Wir müssen rosten auf jeder Station des Lebens, müssen unsere Zeit, unsere Kraft, unser Blut opfern. Die im Expreszug fliegen lachend, sorglos an unseren Stationen vorbei. Tag für Tag —

Bis unser Vorortzug zum Leerzug wird —

„Alle und neue Tänze“, ausgeführt von Ray Terpis und einigen Solisten des Staatsballetts, bildeten den Abschluß der wohlgeplanten Tanzveranstaltungen, zu denen der Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin an vier Sonntag-Nachmittagen dieses Winters in die Philharmonie geladen hatte. Keine Gruppentänze diesmal, sondern nur Soli und Pas de deux. Eine „Romanze“, von Elisabeth Gröbe und Harald Kreuzberg als Rittersträußlein und Page getanzt, eröffnete mit prächtigen zierlichen Schritten, Schlangen, Schwenden, Grützen, Auseinandergehen das Programm. Dorothea Albu mit silbernen spitzigen Bewegungen, aber ohne rechte feierliche Vertiefung in „Gothischen Tanz“. Die Gröbe in ihrem Meisterstück „Hera“, dem Vestal der Hochtänzerin, glänzend trotz einiger äußerlich drapierender Reminiszenzen an Kreuzbergs „Aufbruch“. Rudi Kölling temperamentvoll, aber technisch nicht ganz sicher, als „Matrose“. Dolly Spies, sehr stimmungsreich in der Rotolograzie einer „Gazette“ und amüsant im paradiesischen „Ballett“, während ein kompositorisch verworrener „Tango“ nicht recht zur Geltung kam. Terpis produzierte neben seiner eindrucksvollsten Schöpfung, der „Rayurta“, einen etwas schleppenden „Beitlichen Tanz“ und einen lustigen „Bums“, Kreuzberg seinen „Cotewall“, einen „Pagen“ (der, wenn ich nicht irre, früher einen anderen Namen führte), und ein technisches Brauourstück „Tanz im Grünen“. Ein harmlos heiterer „Bauernanz“, den die Albu mit Kölling vorführte, und ein „Marz“, den die Gröbe mit Kreuzberg im Maschinchen- oder Giristil tanzte, vervollständigten das sehr reichhaltige, vom Publikum mit lebhaftem Beifall aufgenommene Programm.

I. S.

Honorat Daumier. Bei Rathiesen in der Bellevuestraße, in neuen und elegant hergerichteten Räumen, ist eine große Sammlung von Gemälden und Zeichnungen Daumiers ausgestellt. Unseres Wissens zum erstenmal in Deutschland: obwohl die besten Sachen von ihm in deutschem Besitz sich befinden, hat man doch in der Öffentlichkeit nur gelegentlich einige Originale von ihm gesehen. So kommt es, daß man Daumier eigentlich nur als Karikaturisten aus seinen grandiosen Lithographien kennt; und die Galerie Rathiesen hat sich kein geringes Verdienst mit dieser Schau erworben. Daumier

ist aber nicht nur in der politischen Zeichnung ein großer Revolutionär gewesen, sondern auch in der Kunst der Malerei. Und man erkennt auch hier sein Genie und sein menschliches Herz: so aufrührerisch vereinfacht und unakademisch diese Tafeln für seine Zeit waren, so herrliche Malerei sie darstellen — erschütternd noch ist die Bestimmung, die aus ihnen spricht. Die Menschengüte und das Erbarmen mit den Bedrängten, der Haß gegen Volksbetrüger und Drahtentum reden darin eine höchst eindrucksvolle Sprache. Noch gemaltiger als in den Karikaturen redet sich hier die Umie als anklagender Schrei, unterstützt von dem schweremutvollen Sammel der Farben. Und wenn man Daumiers Karikaturen mit Michelangelo vergleicht, so trifft dies auch auf Gemälde und Zeichnung zu. Die Wucht der Charakteristik, das stumme Pathos der Gebärden heben diese kleinen Werte über alle französische Malerei heraus und lassen sie uns verwandter und zeitgemäßer erscheinen als der Zeit ihrer Entstehung, der des Bürgerkönigtums und des zweiten Napoleon.

P. J. S.

Emil Warburg zum 80. Geburtstag. Der Senior der deutschen Physiker, der erst vier Jahre im Ruhestand lebende Emil Warburg begeht heute (9. März) in voller geistiger und seltener körperlicher Frische seinen 80. Geburtstag. Zuerst wirkte er in Straßburg, zusammen mit August Kundt, mit dem er eine Reihe wichtiger Arbeiten ausführte. Es seien nur die über die spezifischen Wärmen des Quecksilberdampfes genannt (1875), aus denen auf die Einatomigkeit des Moleküls dieses Elementes geschlossen wurde. 1876 wurde Warburg nach Freiburg berufen, wo er fast 20 Jahre wirkte, bis er nach dem Tode Kundts (1894) dessen Nachfolger in der Leitung des Physikalischen Instituts an der Berliner Universität wurde. In dieser Stellung blieb er 10 Jahre, um dann die Leitung der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt zu übernehmen, von der er erst 1922 zurücktrat. Seine fruchtbare Tätigkeit zeigte sich nicht nur in zahlreichen wertvollen Arbeiten, die auch nur anzudeuten in knappen Rahmen unmöglich ist. In dem letzten eben vergangenen Jahrzehnt seines Lebens hat Warburg besonders auf dem Gebiet der chemischen Wirkung des Lichtes gearbeitet. Besondere Verdienste hat er sich auch um die Begründung der Beleuchtungstechnischen Gesellschaft erworben, sowie um die Umwandlung der Berliner in eine Deutsche Physikalische Gesellschaft, deren Vorsitzender er lange Jahre gewesen ist, und deren Ehrenmitglied er an seinem 70. Geburtstag vor 10 Jahren geworden ist. Auf der kürzlich stattgehabten Tagung der Physiker in Danzig konnte er nach eben bestandener Augenoperation noch in voller Frische einen wissenschaftlichen Vortrag halten, und so ist zu hoffen, daß er noch weitere Jahre als Pionier der Naturwissenschaft wirken wird.

B.

Die Volkshöhne veranstaltet am 14. mittags 4,12 Uhr, im Theater am Schauspiel eine Besichtigungsmatinee. Bei der die Kapelle der Staatsoper unter Leitung von Generalmusikdirektor Erich Kleiber die VI. Symphonie (Mozart) und Musik aus dem „Prometheus“ zur Ausführung bringen wird.

Vorlesung Alexander Granach. Der Vortragsabend, den Alexander Granach auf Einladung der Volkshöhne am 10. März veranstaltet, findet im Ritterhof der Oper am Königsplatz statt und beginnt pünktlich um 8 Uhr. Einlaßkarten 60 Pf.



## Wie die Hohenzollern enteignet.

Die „Deutsche Tageszeitung“ liefert Argumente für die Enteignung.

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Berliner deutschnationale Organ, liefert in ihrer Nummer vom 25. Februar 1926 einen instruktiven Beitrag zum Thema, wie die Hohenzollern zu Vermögen kamen.

Sie schildert das Schloß in Friedrichsfelde, das sich jetzt im Besitz der Familie von Trestow befindet. Das Schloß war ursprünglich im Besitz der Hohenzollern, die es jedoch verkauft haben. Wie sind aber die Hohenzollern zu diesem Besitz gekommen? Es gehörte einst dem Generaldirektor der kurfürstlich brandenburgischen Marine, Benjamin Raule, der das Gut Rosenfelde erwarb und dort das Schloß erbaute. Ueber den Besitzwechsel heißt es in der „Deutschen Tageszeitung“:

„Nach des Kurfürsten Tode fiel Raule durch die Intrigen seiner Neider in Ungnade. Sein Besitz und sein Vermögen wurden konfisziert. Friedrich III. nahm Rosenfelde in Besitz und änderte seinen Namen in Friedrichsfelde um; dorthin ließ der Herrscher auch die wertvolle Einrichtung aus Raules Berliner Wohnung bringen.“

Nach dem Zeugnis der „Deutschen Tageszeitung“ haben die Hohenzollern Benjamin Raule entschädigungslos enteignet, und zwar zu ihren Gunsten. Der Gegenwert für die wertvolle Besitzung, die sie später veräußert haben, gehört heute zu ihrem „unbestreitbaren Privatvermögen“. Es geschieht die Enteignung der Hohenzollern nur recht, wenn sie heute durch das Volk zugunsten des Volkes enteignet werden, nachdem sie ein so eklatantes Beispiel eines „Eingriffs in das Privateigentum“ eines Privatmannes zu ihrer Bereicherung gegeben haben.

## Deutschnationaler Terror.

### Unzulässige Spitzelmandate der Fürstenpartei.

Die Deutschnationalen suchen mit plumpem Terror die betrogenen Sparer und Kleinrentner davon abzuhalten, sich für das Volksbegehren einzusetzen. Wie wir bereits mitteilten, haben sie in Potsdam an den Einzugsstellen sogenannte „Auskunftspersonen“ aufgestellt. Was sie damit bezwecken, zeigt eine Kundgebung des deutschnationalen Landesverbandes Potsdam I in der „Potsdamer Tageszeitung“, in der es heißt:

„Wer seinen Namen einträgt, macht sich mitschuldig an diesem Raubzuge und fördert nur die politischen Ziele der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei. Die Kreis- und Ortsgruppen des Landesverbandes Potsdam I der Deutschnationalen Volkspartei werden gebeten, an den Einzugsstellen während der Einzugsstunden Aufsichtspersonen aufzustellen, um etwaige Unwissende oder Unschlüssige über den wahren Zweck des Volksbegehrens aufzuklären.“

Die „Aufklärung“ soll in der Bespitzelung bestehen. Daß diese Bespitzelung unzulässig ist, ist keine Frage.

Noch plumper treibt es der Landbund. Im „Landbund“, dem Landbündelorgan für die Grenzmark Posen-Westpreußen, findet sich die folgende Landbündelbekanntmachung für den Reghekreis:

„Fürsteneinteignung. Die Listen werden vom 4. bis 17. März bei den Gemeindevorstehern zur Entgegung ausliegen. Behufs Ausstellung einer Statistik bitten wir unsere Ortsgruppenführer, uns am 17. März mitzuteilen, ob sich irgendwelche Handwirte in die Listen eingetragen haben, um den Diebstahl zu unterstützen.“

Die Durchführung dieser Terroraktion setzt voraus, daß die Gemeindevorsteher den Ortsgruppenführern des Landbundes Einsicht in die Listen geben. Das ist eine grobe Pflichtverletzung! Dagegen muß ebenso scharf wie gegen jeden Sabotageversuch eingeschritten werden.

Trotz aller Landbündelbemühungen aber zeigt sich auch auf dem Lande, daß die Landbesitzer gut versteht, daß der Diebstahl der Fürsten am Volk verhindert werden muß.

## Arbeitsinvalide und Fürstenvermögen.

Die Fürsten wollen den Betrag aller Invalidenrenten für sechs Jahre.

Das zur Abstimmung stehende Gesetz zur Enteignung der Fürstenvermögen steht unter anderem vor, daß das enteignete Vermögen auch zugunsten der Arbeitsinvaliden, d. h. der Sozialrentner, mit verwendet werden soll. Die Fürsten verlangen vom deutschen Volke 2,6 Milliarden Goldmark. Ein Vergleich mit dem Renteneinkommen eines Arbeitsinvaliden zeigt die ganze Ungeheuerlichkeit dieser Fürstenforderungen.

Nach der Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums zählte die Invalidenversicherung 1924/1925 an Arbeitsinvaliden 1.600.000. Invalidenrente erhält der Versicherte, der das Alter von 65 Jahren vollendet hat oder infolge von Krankheit oder anderen Gebrechen dauernd Invalide ist. Als Invalide gilt, wer nicht mehr imstande ist, durch eine Tätigkeit, die seinen Kräften und Fähigkeiten entspricht und ihn unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufes zugunsten werden kann, ein Drittel dessen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen.

Die Invalidenrente besteht aus: Reichszuschuß, Grundbetrag und Steigerungsbetrag. Der Steigerungsbetrag richtet sich nach der Zahl und der Höhe der geleisteten Beiträge. Er beträgt für Beiträge, die bis zum 30. September 1921 entrichtet sind, in der Lohnklasse II 2 Pf., Lohnklasse III 4 Pf., Lohnklasse IV 7 Pf. und Lohnklasse V 10 Pf. Für die Zeit des Währungsverlustes, 1. Oktober 1921 bis 31. Dezember 1923, werden Steigerungsbeträge nicht gewährt. Für die vom 1. Januar 1924 geleisteten Beiträge werden 20 Proz. der Gesamtsumme als Steigerungsbetrag gewährt.

Die Berechnung der Invalidenrente mag folgendes Beispiel zeigen:

|   |         |
|---|---------|
| Reichszuschuß   | 72,— M. |
| Grundbetrag   | 168,—   |
| Vor dem 1. Oktober 1921 entrichtete Beiträge:   |         |
| 160 in Lohnklasse I mal 0 Pf. Steigerungsbetrag   | —       |
| 160 „ „ II „ 2 „  | 3,—     |
| 80 „ „ III „ 4 „  | 1,20    |
| 224 „ „ IV „ 7 „  | 15,68   |
| 827 „ „ V „ 10 „  | 82,70   |
| Von 1. Januar 1924 ab wurden insgesamt 60,— M. an Beiträgen entrichtet, davon als Steigerungsbetrag 20% |         |
|   | 12,—    |

Die Jahresrente beträgt mithin 204,58 M., oder im Monat 25,40 M.

Hat der Empfänger einer Invalidenrente Kinder unter 18 Jahren, so erhöht sich für jedes Kind die Invalidenrente um monatlich 7,50 M. (Kinderzuschuß.)

Die Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums erklärt: Die Invalidenrente beträgt jetzt mindestens 20 M., im Reichsdurchschnitt 25 M. und für Industriearbeiter 30 M. im Monat.

Unter Zugrundelegung des Reichsdurchschnittes bedeutet die Fürsteneinteignung, daß von dieser Summe die 1.600.000 Arbeitsinvaliden in Deutschland beinahe 6 Jahre davon leben müssen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am 12. Dezember vorigen Jahres einen Antrag eingebracht, der eine Erhöhung dieser unzulänglichen Renten vorschlägt. Reichsregierung und bürgerliche Parteien erklären: Es ist kein Geld da.

Für die Arbeitsinvaliden, die zwei Drittel ihrer Arbeitsfähigkeit eingebüßt haben, nichts, die gesunden Fürsten aber fordern Milliarden.

Der Volksentscheid ist darauf die passende Antwort.

## Reaktionäre Justiz gegen Volksbegehren.

Der Münchener Staatsanwalt beschlagnahmt in Berlin.

Auf Anforderung der Münchener Staatsanwaltschaft sind in den Räumen der Bipa in Berlin rund 30.000 Exemplare einer kommunistischen Agitationsbroschüre für das Volksbegehren beschlagnahmt worden. Durch Wolff-Bureau wird mitgeteilt, daß die Beschlagnahme erfolgt sei, weil diese Broschüre eine „Aufforderung zur Ermordung

## Viele Hunderttausende

haben sich bereits in den ersten Tagen in die Listen für das Volksbegehren eingetragen.

Ist Dein Name dabei?

Warum hast Du Deine Pflicht für das Volk noch nicht erfüllt? Warum bist Du säumig?

## Auf zur Einzeichnung!

der Fürsten“ (1) enthalte. Die einzige Stelle dieser Broschüre, die den Anlaß zur Beschlagnahme mit solcher Begründung gegeben haben könnte, sieht so aus:

„Für uns Kommunisten handelt es sich um das revolutionäre Recht. Das französische Volk schied in der großen Revolution seine Feinde auf das Schafot. Es nahm ihnen ihren Besitz, und es nahm allen Besitz der Rebellen gegen die Revolution, den Spekulanten, die die Rot des Volkes ausbeuteten, und allen Feinden des Volkes. 1848 erzwangen die Pariser Arbeiter, daß die Zivilisten sofort von der Revolutionsregierung beschlagnahmt und zur Unterstützung der Arbeitslosen verwandt wurde. Das sollen unsere Vorbilder sein. Auch von Bismarck soll das deutsche Volk lernen, der im Jahre 1866 den entthronten Fürsten das Vermögen wegnahm, um ihnen die Ration am Kampfe gegen die Revolution von oben zu nehmen und aus dem Bismarckfonds selber ein politisches Kompromitt zu machen.“

Das soll eine Aufforderung zur Ermordung der Fürsten sein? Gegen offene Aufforderungen zu Morden an deutschen Republikanern ist die reaktionäre Münchener Staatsanwaltschaft niemals eingeschritten. Niemand in der großen Volksbewegung denkt daran, die Fürsten zu ermorden. Aber enteignet sollen sie werden, damit das Volk ihnen nicht auch noch die Mittel liefert, staatsstreicherische Bewegung, die mit Terror und Mord arbeitet, zu unterstützen. Das Ganze ist ein Streich von reaktionären, fürstendienerischen Justizbeamten gegen den Willen des Volkes. Nun erst recht Einzeichnung für das Volksbegehren!

## Schutz dem Volksbegehren!

Anweisungen des Reichsinnenministeriums und des preussischen Innenministeriums.

In einem Rundschreiben des Preussischen Ministers des Innern wird auf ein Rundschreiben des Reichsministers des Innern an die Landesregierungen vom 5. d. M. hingewiesen, aus dem der Amtliche Preussische Pressedienst die folgenden Punkte mitteilt:

Die Abschlußarbeiten der Gemeinde- und unteren Verwaltungsbehörden sind so zu beschleunigen, daß die Abstimmungsleiter rechtzeitig am Abend des 20. März im Besitze der Meldungen sind.

### Die Behandlung der Einsprüche.

Die Behandlung der Einsprüche ist nach Möglichkeit zu beschleunigen. Es ist darauf hinzuwirken, daß die Einsprüche wegen Nichtzulassung zur Eintragung spätestens am 24. März, für Gemeinden mit nachträglicher Prüfung der Eintragungsberechtigung spätestens am 28. März erledigt sind. Einsprüche, denen die Gemeindebehörde erst nach Ablauf der Eintragungfrist stattgegeben hat oder die erst nach Ablauf der Eintragungfrist von der Aufsichtsbehörde für begründet erklärt worden sind, sind einer innerhalb der Eintragungfrist erfolgten Eintragung gleich zu achten. Die Zahl derartiger Einsprüche haben die Gemeindebehörden bis spätestens 29. März dem Abstimmungsleiter unmittelbar mitzuteilen. Um ihre Summe erhöht sich in den einzelnen Gemeinden die Zahl der als gültig anerkannten Unterschriften.

## Severing gegen Sabotage.

Abberufung eines Landrats.

Der Amtliche Preussische Pressedienst meldet: Der Landrat Braun in Arnswalde ist von seinem Posten abberufen und als Regierungsrat an die Regierung Köln versetzt worden. Die Abberufung ist erfolgt, weil der Landrat die Fürsorgepflichtverordnung in seinem Kreise nicht durchgeführt hat. Daneben ist für die Entziehung des Staatsministeriums nicht von unwesentlicher Bedeutung die Tatsache gewesen, daß der Landrat auf sein Kreisblatt, das das Volksbegehren als „Diebstahl“ kennzeichnet, zu können glaubte, zu wenig Einfluß besitzt, um derartige Entgleisungen zu verhindern.

## Maschinengewehre gegen Erwerbslose.

Ein ungeheurerlicher Vorfall in Darmstadt.

Darmstadt, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag morgen begab sich eine Deputation von Erwerbslosen zum Stadthaus in Darmstadt, um dort über eine Erhöhung der Bezüge durch örtliche Zulagen, wie sie bereits in anderen hessischen Städten gewährt werden und wie sie für Darmstadt auch zugesagt waren, zu verhandeln. Dabei entstand vor dem Stadthaus eine Ansammlung von Erwerbslosen und Reugierigen. Ihre Zahl mag etwa 200 betragen haben. Es wäre, wenn es wirklich notwendig gewesen wäre, der blauen Polizei leicht gewesen, die

Menge ohne Anwendung besonderer Mittel zu zerstreuen. Es erfolgte jedoch plötzlich schweremächtige Schüsse in großer Menge zu Fuß und auf Lastwagen. Bald erschien auch das Panzerauto und ein Zug zu Pferde. Ein Maschinengewehr wurde in Stellung gebracht und eine Abteilung nahm in zwei Gliedern Aufstellung und legte die Karabiner schußbereit an. Durch ausgeschwärmte Schupo wurde die Straße geräumt. Die Menge leistete keinen Widerstand. Durch das Ausreiten der Schupo wurde die Ansammlung nur noch verstärkt, das Verhalten der Schuppoteile gab Veranlassung zu großer Erregung.

Als die Winzer in Bernkastel ihren Sturm auf das Finanzamt unternahmen und die Einrichtung samt den Akten demolierten, schrieb die bürgerliche Presse zwar sehr viel über die Rot der Winzer, über die kriminelle Seite der Angelegenheit dagegen ging man mit Stillschweigen hinweg. Eine ähnliche Stellung nahmen die bürgerlichen Parteien bei der Interpellation im Reichstag ein. Die einzige Folge des Gewaltaktes der Winzer blieb ein voller Erfolg. Die Regierung ordnete sofortige positive Hilfsmaßnahmen an.

Genosse Kirschmann wies im Verlauf der Winterdebatte darauf hin, daß die bürgerlichen Parteien weit weniger milde urteilen, wenn es sich um Erwerbslose handelt. Die Vorgänge in Darmstadt, die sich offensichtlich anderswo nicht wiederholen werden, beweisen, wie notwendig die Kritik an dem Verhalten der bürgerlichen Parteien war. Das Verhalten der Schuppoteile war so unbegründet, daß es nur einen Sinn bekommen konnte, wenn es einen provokatorischen Zweck verfolgte. Ebenso unsinnig und bedauerenswert wie jede Ausschreitung der erwerbslosen Opfer der Wirtschaftskrise ist ein bewaffnetes Vorgehen gegen erwerbslose Demonstranten. Die Arbeitslosen haben ihr schweres Los bisher mustergültig getragen. Es wäre unverantwortlich, ihnen gegenüber zu Mitteln zu greifen, die man den gewalttätigen Winzern gegenüber für unangebracht hält. Man darf erwarten, daß die hessische Regierung eine strenge Untersuchung des Vorfalles einleitet und die etwaigen Schuldigen zur Rechenschaft zieht.

## Großzügige Hilfe für die Winzer.

Der Winzerausschuß des Reichstages trat nach dem Plenum zu einer kurzen Sitzung zusammen, um den Arbeitsplan festzulegen. Es wurde beschlossen, folgende Gegenstände nacheinander zu behandeln: 1. Aufhebung der Weinsteuer, 2. Notstandskredite, 3. Steuerfragen, 4. die Höhe der Weinzölle bei künftigen Handelsverträgen, 5. Amnestie, 6. Maßnahmen zur Absatzverbesserung, 7. Änderung des Weingesetzes, 8. Sonstiges. Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am Mittwoch vormittag statt.

## Um die Kabinettsbildung in Paris.

Wiederkehr Briands? — Kabinetts der Mitte oder des Linkskartells.

Paris, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Präsident der Republik hat am Montag vormittag, nachdem er zuvor den Bericht Briands über die Besprechungen in Genf entgegengenommen hatte, die bei einer Kabinettskrise üblichen Beratungen begonnen und die Präsidenten von Kammer und Senat, de Selves und Herriot, und im Laufe des Nachmittags die Vorsitzenden der beiden Finanzkommissionen empfangen. Sämtliche Politiker haben sich bereit erklärt, über den Verlauf ihrer Unterredungen mit dem Präsidenten irgendwelche Erklärungen abzugeben.

In den unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß der Präsident seine Wahl nicht vor Dienstag vormittag treffen wird. In der Presse dauert das Rätselraten über die Person des künftigen Ministerpräsidenten fort. Es kann als ziemlich sicher angenommen werden, daß der Präsident sich zunächst an Briand wenden wird mit dem Ersuchen, die Bildung der neuen Regierung zu übernehmen. Erst wenn, wie allgemein angenommen wird, Briand ablehnen sollte, dürfte die Frage akut werden, ob ein Ministerium der bürgerlichen Mitte oder des Linkskartells gebildet werden soll. Zweifellos handelt es sich diesmal, wie vielfach hervorgehoben wird, nicht so sehr um die Personen der neuen Minister als um ein genau umrissenes politisches Programm. Aber gerade auf diesem Gebiet gehen in den Parteien selbst die Meinungen sehr auseinander. Die radikalsoziale Partei hatte am Montag beide Fraktionen von Kammer und Senat zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem Parteivorstand einberufen. Hierbei sind die Gegensätze innerhalb dieser Partei wieder scharf auseinandergeprallt. Zu einem Beschluß der Radikalsozialisten ist es noch nicht gekommen. Aber bemerkenswert ist, daß die Anhänger des Kartells sich einstweilen große Zurückhaltung auferlegt haben. Dagegen haben sich die republikanischen Sozialisten, die Gruppe der Briand selbst angehört, sehr entschieden zugunsten der Wiederaufnahme der Kartellpolitik ausgesprochen und beide anderen Gruppen zu einer gemeinsamen Besprechung der Lage eingeladen.

## Mussolini: der Mörder Matteottis.

Duminis Geständnis.

Paris, 8. März. (Eigener Drahtbericht.) Die italienische Emigrantenzeitung „Corriere degli Italiani“ druckt den ihr aus Rom zugegangenen Schriftsatz gegen Duminis und seine Helfershelfer ab, die die Rechtsbestände der Witwe und der Söhne Matteottis bei der Strafammer in Rom eingereicht haben. Das eindrucksvolle Schriftstück enthält die unwiderleglichen Beweise für die Anstiftung der Ermordung unmittelbar durch Mussolini. Sie enthält insbesondere den Wortlaut der Aussage Duminis gegenüber Filippelli am Abend des Mordtages, die dieser im letzten Augenblick vor dem Abschluß der Voruntersuchung wiederholte: „Es ist etwas sehr Ernstes passiert. Matteotti ist tot. Wir haben ihn auf Befehl Rossis und Mussolinis gefaßt. Sie haben uns gesagt, sie hätten den streifen, unroderussischen und unweidlichen Befehl vom Ministerpräsidenten Mussolini.“ Diese Aussage Duminis stimmt mit der Rossis und Morinellis gegenüber dem Senator de Bono vom 18. Juni 1924 wörtlich überein, der damals Direktor der öffentlichen Sicherheit war und die gleiche Aussage vom ersten Tage der Untersuchung an wörtlich aufrechterhalten hat.

Das italienische Innenministerium hat eine strenge Untersuchung gegen die Schuldigen eingeleitet, die Rossi über die Grenze nach Frankreich entkommen ließen. Damit wird die Meldung von Farinaccis Organ Bügen gestraft, der behauptet hatte, die Polizei habe Rossi ruhig fahren lassen.

Vor einer Operation Mussolinis. Der Vorstand der Univeritätsklinik in Prag, der bekannte Chirurg, Professor Haberer, ist telegraphisch nach Rom berufen worden, um einem ärztlichen Konzil beizuwohnen, das über die Möglichkeit einer Operation an Mussolini beraten soll.



# Gewerkschaftsbewegung

## Holzarbeiter! Verbandsmitglieder!

Ihr müßt zur Wahl gehen!

Heute von 4½ bis 7 Uhr findet in den bekannten Lokalen, die im Mitteilungsblatt sowie im Flugblatt angegeben sind, die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung statt. Von der Zusammensetzung der Generalversammlung, die die Vertretung der Mitglieder ist, hängt das Geschick der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes ab. Wer heute nicht zur Wahl geht, begibt sich für ein ganzes Jahr des Rechts der Mitbestimmung in Angelegenheiten seiner Organisation. Wer heute nicht

für die Liste I Amsterdam

einsteigt, für sie wirbt und stimmt, der unterstützt die Wahl der kommunistischen Liste. Die Wahl von Kommunisten ist gleichbedeutend mit der Entziehung der Mitglieder, mit dem Raub des Selbstbestimmungsrechts. Die Kommunisten haben nicht das Recht, über die Geschichte, die Taktik und die Methoden der Organisation zu bestimmen. Darüber bestimmt allein Moskau. Die kommunistischen Fraktionsredner, die Kandidaten der Liste II, sind nur Marionetten in der Hand der kommunistischen Drahtzieher. Die Kommunisten müssen auf einen Befehl von Moskau einzuweichen wie Kerkuren. Wer für die Freiheit und Unabhängigkeit seiner Organisation ist, wer sein Mitbestimmungsrecht wahren will, der stimmt heute

für die Liste I Amsterdam.

## Der Staat und seine Beamten.

### Erklärung des ADB.

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat auf seiner Sitzung am Sonntag folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hat es seit seiner Gründung als seine vornehmste Aufgabe betrachtet, die Beamtentreue zu sammeln, die nicht nur ein Lippenbekenntnis zur Republik ablegen, sondern mit ihrer inneren Überzeugung und ihrem Herzen zur Republik stehen. Der ADB hat in Wort und Schrift von der Beamtenschaft die freudige Bejahung der republikanischen Staatsform gefordert und zu jeder Zeit und mit allem Nachdruck gegen die Verächter und Schmäher der Republik unter der Beamtenschaft Front gemacht.

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes begrüßt deshalb aufs freudigste, daß der neue Reichsinnenminister in seiner Reichstagsrede klar und eindeutig von den Beamten die Bejahung der republikanischen Staatsform gefordert und zweifelsfrei herausgestellt hat, daß Beamte, die die Republik und ihre Symbole schmähen oder verächtlich machen, sich unwürdig des Dienstes am Volke zeigen. Der Bundesausschuss erwartet vom Reichsinnenminister, daß er alle ihm zu Gebote stehenden Mittel anwendet, um die Behörden von den die Republik offen und versteckt verneinenden Elementen zu reinigen.

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes begrüßt die Ankündigung des Ministers, daß bei der Reform des Beamtentums die Rechte der Beamten so geregelt werden sollen, daß auch der Schein jeder Willkür vermieden wird und die persönlichen und dienstlichen Verhältnisse der Beamten überall durch klare Rechtsansprüche gesichert werden. Darüber hinaus müssen aber auch die Widerstände beseitigt werden, die von Vorgesetzten in maßgebenden Stellen den republikanischen Beamten insofern entgegengekehrt werden, ohne daß sich dienstliche Verstöße feststellen lassen. Dieser Druck, unter dem viele republikanische Beamte leiden, kann nur dadurch von ihnen genommen werden, daß die Personalverwaltungen mit zuverlässigen Republikanern besetzt werden. Weite Kreise der Beamtenschaft, die bei ihrer jetzigen Abhängigkeit von ihren republikanischen Vorgesetzten mit der wahren Meinung zurückhalten müssen, werden dann offen und frei mit ihrem Bekenntnis zur republikanischen Staatsform hervortreten.

## Die Entziehung der technischen Angestellten.

Eine Kundgebung der technischen Angestellten, von dem Bund der technischen Angestellten und Beamten, dem Deutschen Werkmeisterverband und dem Deutschen Polier-, Werk- und Schachtmeisterverband veranstaltet, nahm am Sonntag vormittag im großen Saal des Lehrervereinshauses Stellung zu der gegenwärtigen Lage der technischen Angestellten. Anlaß dazu gab die Ablehnung der berechtigten Forderung der technischen Angestellten nach Aufhebung der Konkurrenzklausei und Gleichstellung mit den anderen Arbeitnehmergruppen durch den Reichstag am 22. Januar. Daß die technischen Angestellten nicht gemißt sind, sich damit zufriedengeben zu lassen, zeigte der zahlreiche Besuch dieser Protestkundgebung.

Zuerst sprach Ingenieur Otto Schweiger über die Bedeutung der Technik

und also der technischen Angestellten für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands. Die Industrie beklagt sich immer wieder über die mangelnde Konkurrenzfähigkeit; aber Hilfe in Hochschulgazellen zu leisten, die die Preise für Industrieerzeugnisse im Lande ungebühr-

lich in die Höhe treiben und im Auslande durch die Ueberschüsse, die durch den Inlandabzug erzielt werden, ein Dumping ermöglichen, zeugt von der Kurzsichtigkeit der deutschen Unternehmer. In Wahrheit steht es so aus, daß eine durch Hochschulgazellen verarmte Bevölkerung überhaupt kaum noch Umsätze ermöglicht, während andererseits das Ausland mit wesentlich vervollkommenen Produktionsmethoden diesseits wie jenseits der Grenzen ein scharfer und meist überlegener Konkurrent bleibt. In der Inflationszeit trugen die deutschen Waren den Stempel „billig und schlecht“. Jetzt ist diese Zeit vorbei; quantitativ sind wir nicht mehr konkurrenzfähig, dazu ist die Industrialisierung der Länder zu weit fortgeschritten. Qualitativ aber können und müssen wir wieder Einfluß auf den Weltmarkt gewinnen. Das ist aber nur möglich, wenn wir wieder eine hochwertige Technik heranzüchten, wenn wir uns arbeitsfähige und arbeitsfreudige Techniker schaffen.

Hierauf nahm Dr. Croner Stellung zum eigentlichen Thema der Kundgebung. Die Entziehung der technischen Angestellten besteht, seitdem es überhaupt technische Angestellte gibt. Seit dreißig Jahren etwa kämpfen diese um ihr Recht, um das, was anderen Angestellten längst gewährt wurde: um volle Gehaltszahlung während der ersten sechs Wochen in Krankheitsfällen, um Gehaltszahlung spätestens am Ende jedes Monats, und um Befreiung der vom Redner mit Recht als „unethisch“ bezeichneten Konkurrenzklausei, die

### eine unerhörte Knebelung der technischen Angestellten

bedeutet und sie außerstande setzt, ihre Kräfte und Fähigkeiten so nutz- und gewinnbringend wie möglich zu verwerten. Des weiteren ist eine völlige Reform des Erfinderrechts unerlässlich. Heute liegen hier die Dinge so, daß der Angestellte, der eine Erfindung macht, weder wirtschaftlichen Nutzen noch selbst die Ehre der Erfindung hat. Seine volle Arbeitskraft, körperlich wie geistig, gehört dem Betriebe, der als „seiner“ Erfindung das Werk seiner Angestellten in die Welt gehen läßt. Gesetzliche Sicherstellung des gebührenden Anteils des erfinderischen oder erfindenden Angestellten an der Ausnutzung des Entwurfs oder der Erfindung“ hieß die Forderung des Redners, der die Versammlung lebhaft zustimmte.

Eine Resolution, die die dringenden Wünsche der technischen Angestellten noch einmal zusammenfaßt und an die Parteien des Reichstags das dringende Ersuchen um Unterstützung dieser Forderungen richtet, die mit Hilfe des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes am 22. Januar sabotiert wurden, wurde einstimmig angenommen und beschloß diese machtvolle Kundgebung.

## Ein Hugenberg-Missionar.

Der „vaterländische“ Angestelltenverein „Siemenswerke“, Vermaltungsgebäude, hatte zum 4. März eine Werbeversammlung einberufen, in der ein Dr. Erich Schmidt die Ziele und Zwecke der Angestelltenbewegung erläutern sollte. Der Besuch war schlecht und der Referent nicht besser. Gewiß haben fleißige Versammlungsbesucher schon manches „Rede“ über sich ergehen lassen müssen, doch diese „wissenschaftlichen“ Ausführungen in einem Aufbau à la bunte Schüssel hätten stenographisch festgehalten werden müssen. Vielleicht würde Herr Dr. Schmidt von „Laden links“ als Mitarbeiter angenommen werden. Einige Proben:

Durch die Gewerkschaften sind die Arbeiter entmündigt. Trotzdem sämtliche sozialpolitischen Gesetze der Nachkriegszeit von Sozialdemokraten und Gewerkschaftsfunktionären z. B. dem Arbeitsminister Brauns „erlassen“ seien, seien die sozialen Verhältnisse schlechter als früher. Früher war doch ein persönliches und freundschaftliches Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern, als seit dem nach der Revolution die Gewerkschaften den Klassenkampf herbeigeführt haben. Der „Vorwärts“ habe selbst geschrieben, daß Deutschland vor dem Kriege die kürzeste Arbeitszeit und dabei die höchsten Löhne der Welt hatte. (Die Nummer des „Vorwärts“ wußte Dr. Schmidt nicht mehr. Sie ist auch noch nicht erschienen. Red. d. B.) Die Entlohnung muß sich richten nach der Wirtschaftlichkeit des Betriebes. Und so weiter. Daß der Referent dabei die Millionen Subventionen der Barmats, die 8-10mal so hohen Gehälter der „Herren Gewerkschaftsfunktionäre“, auch die „Terrorherrschaft“ der Gewerkschaftsbetriebsräte nicht vergaß, versteht sich nach solcher Fülle von Wissenschaft und Sachkunde genau so sicher, wie Dummheit und Mangel an Grundfragen sich stets mit Gewissenlosigkeit vereinen werden.

In einer recht lebhaften Diskussion wurde dem Herrn „Kameraden“ Dr. Schmidt recht eindeutig klar gemacht, daß die Auffassungen der Angestellten über die Stellen, denen der Respekt vor Treu und Glauben und die Liebe zu Volk und Vaterland beigebracht werden müssen, daß die Anschauungen der Angestellten über die Begriffe soziale Notwendigkeiten und vernünftige Volkswirtschaft doch sehr weit von denen abweichen, die Herr Hugenberg ihn zu predigen beauftragte. In die Enge getrieben, gefand der zum Schluß ganz erheblich durcheinandergeratene „Kamerad“ Dr. Schmidt, daß er für seine Arbeit von keiner Seite bezahlt würde, daß er auch mit Geisler nichts zu tun hätte, sondern daß er von der Union angestellt sei, d. h. der gute Kamerad, der Herr Dr. Schmidt arbeitet im Auftrage des Menschenfreundes und Ritterfinders des patriarchalischen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern, Arbeitern und Angestellten, dem bekannten Phylantropen, Herrn Hugenberg.

Es war kein Wunder, daß der verzweifelte Doktor zum Schluß gelobte, nie wieder würde er sich mit seinen Gegnern in der

Diskussion, d. h. mit den Vertretern der freien Gewerkschaften in Auseinandersetzungen einlassen. Es war nach allem nicht verwunderlich, daß der Punkt 3 der Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder, stillschweigend abgelehrt wurde, trotzdem der Vorsitzende bei der Eröffnung der Versammlung darauf verwiesen hatte, daß die 80 Proz. der Arbeitenden, die den Gewerkschaften nicht angehören, von den „vaterländischen“ Verbänden vertreten zu sein verlangten.

Es wäre wirklich zu wünschen, daß Herr Kamerad Dr. Schmidt von der Firma Hugenberg den Auftrag bekäme, recht viele solcher Versammlungen zu veranstalten, er wäre dann sehr schnell die Sorge um die 80 Proz. unorganisirter Arbeitnehmer los. Noch besser der „Chef“ käme selber einmal.

## Beschluß des Gewerkschaftsausschusses der Schweiz. Gegen den Rußland-Delegationsrummel.

Zürich, 8. März. (WZB.) Der Beschluß des schweizerischen Gewerkschaftsausschusses, betreffend die Entsendung einer Delegation nach Rußland, lautet folgendermaßen:

Der Gewerkschaftsausschuss nimmt Kenntnis von der unter Mitwirkung einiger Gewerkschaftskomitees und Zentralverbände erfolgten Konstituierung eines Initiationskomitees für die Organisation der Reise einer Arbeiterdelegation nach Rußland. Er stellt fest, daß die Beteiligung an diesem Komitee unvereinbar ist mit dem organisatorischen Grundsatz der Unterordnung der Rinderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit, der auch im Gewerkschaftsbund gelten muß. Der Gewerkschaftsausschuss erklärt, sich durch die Tätigkeit solcher von einer politischen Partei inspirierten Komitees in keiner Weise beeinflussen zu lassen, und sich an einer solchen Art organisierten Rußlandreise nicht zu beteiligen. In Anbetracht, daß bei einer derart mangelhaften und ohne Programm vorbereiteten Reise wie der beabsichtigten, deren einziger Zweck für die schweizerische Arbeiterschaft, die Orientierung über die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnisse in Rußland, nicht erreicht werden kann, empfiehlt der Gewerkschaftsausschuss der organisierten Arbeiterschaft, die Bestrebungen des sogenannten Initiationskomitees weder durch Geldleistungen aus den Kassen der Verbände oder Sektionen, noch durch Sammlung von Mann zu Mann, noch auf irgendwelche andere Weise zu unterstützen. Die Entsendung einer Delegation kann nur im Einverständnis mit den angeschlossenen Verbänden und unter Mitwirkung des Internationalen Gewerkschaftsbundes ins Auge gefaßt werden.

## Die saarländische Arbeitskammer.

In Saarbrücken wurde am Mittwoch mit einer Ansprache des deutschen Mitgliedes der Regierungskommission, Rohmann, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagende saarländische Arbeitskammer eröffnet, die aus je 18 Arbeitnehmern und Arbeitgebervertretern besteht, unter denen sich auch 7 Mitglieder der französischen Bergwerksdirektion befinden. Als Hauptaufgabe der Arbeitskammer, die wie der Landesrat nur beratende Funktionen hat, betrachtet die Regierungskommission die Förderung der Eintracht zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Nach der Wahl des freigewerkschaftlichen Sekretärs Rimnich zum Vorsitzenden und des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes des Arbeitgeberverbandes der Saarindustrie, Assessor Lehmar, zum Stellvertreter, wurden mehrere Kommissionen gebildet für die Behandlung des Arbeitsrechts, der Sozialversicherung, des Lehrlings- und Fortbildungsschulwesens, der Arbeiterfürsorge und für allgemeine Arbeiterfragen.

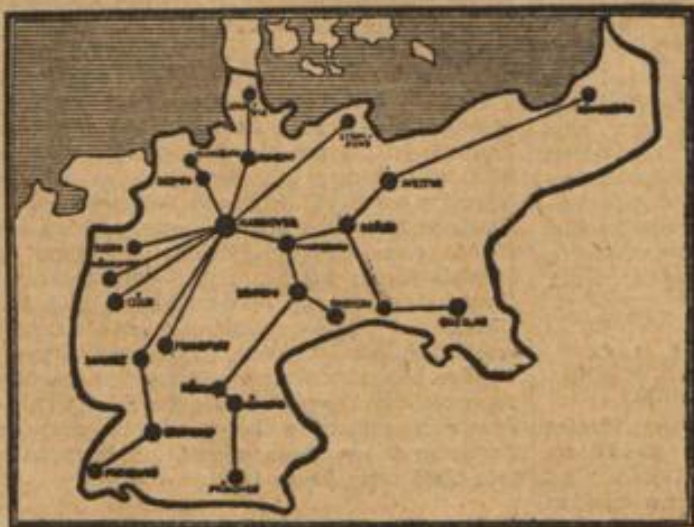
**Wahlung, Zimmerer!** Das Resultat der Vorstandswahl vom letzten Sonntag ist folgendes: 32 Proz. der Mitglieder haben sich an der Wahl beteiligt; mit größter Mehrheit sind folgende Kameraden gewählt: 1. Vorsitzender: Kopschlag, 2. Vorsitzender: Schill, 1. Schriftführer: Ihm, 2. Schriftführer: Gump, 1. Schriftführer: Thron, 2. Schriftführer: Schäfer, Kassieren: Krenz und Brole, Kontrolleur: Brauer und Rufow. Auf Grund des Resultats ist eine Stichwahl am Sonntag, den 14. März, nicht notwendig. Nachmals bitten wir alle Verbandskameraden, soweit es noch nicht geschehen, sich sofort in die Liste für das Volksbegehren eintragen zu lassen. Alle Verbandskameraden, die in dieser Frage ihre Pflicht nicht erfüllen, begehen Verrat an der Arbeiterschaft.

Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Berlin.

**Schneider.** Die für heute abend einberufene Fraktionsvorstandssitzung ist umhänbehalten; auf Donnerstag, 11. März, verlegt worden. Die Bezirksfraktionsvorsitzenden werden gebeten, inzwischen die Einladungen zu ihren Bezirksfraktionsversammlungen vorzunehmen.

**Die Fraktionsvorsitzenden.**  
Jugendgruppe des ADB. Heute, Dienstag, 7½ Uhr, im Jugendheim des Christentums allgemeine Fraktionsversammlung. Jeder Fraktionsführer der Jugendgruppen ist zum Erscheinen verpflichtet. Die Teilnehmer am Sprechchor zum Verbandsabend der Säblichen und Säblichen Gruppen treffen sich ebenfalls zur Einübung des Sprechchors pünktlich 8 Uhr im Jugendheim Belle-Alliance-Strasse 7/10. — Morgen, Mittwoch, 7½ Uhr: Gruppe **Waldenbergs**, Jugendheim Götterstr. 41. Vortrag: „Das kommunistische Manifest“. Referent: Maximilian Sauer. — Gruppe **Kreuzberg**: Jugendheim Kappstr. 33. Vortrag: „Eerliche Funktionen“. Referent: Artur Naßon. — Gruppe **Wedding-Gesundbrunn**: Jugendheim Schönebergstr. 1, Reichenheim 5 Trg., Vortrag: „Moderne Kunst“. Referent: Walter Schöber. — Gruppe **Schöneberg**: Jugendheim Hauptstr. 15 (Frankenlandzimmer). Vortrag: „Zweck und Ziele des ADB“. Referent: Heinz Mann.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: Artur Sauer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Glaser; Kultur: Dr. John Schifano; Lokale und Kontiere: Aris Kerst; Anzeigen: Fr. Glaser; Schriftlich in Berlin. Berlin: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin G. m. b. H. und Verlagsanstalt Paul Sauer & Co., Berlin S. O. 68, Lindenstraße 3, Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.



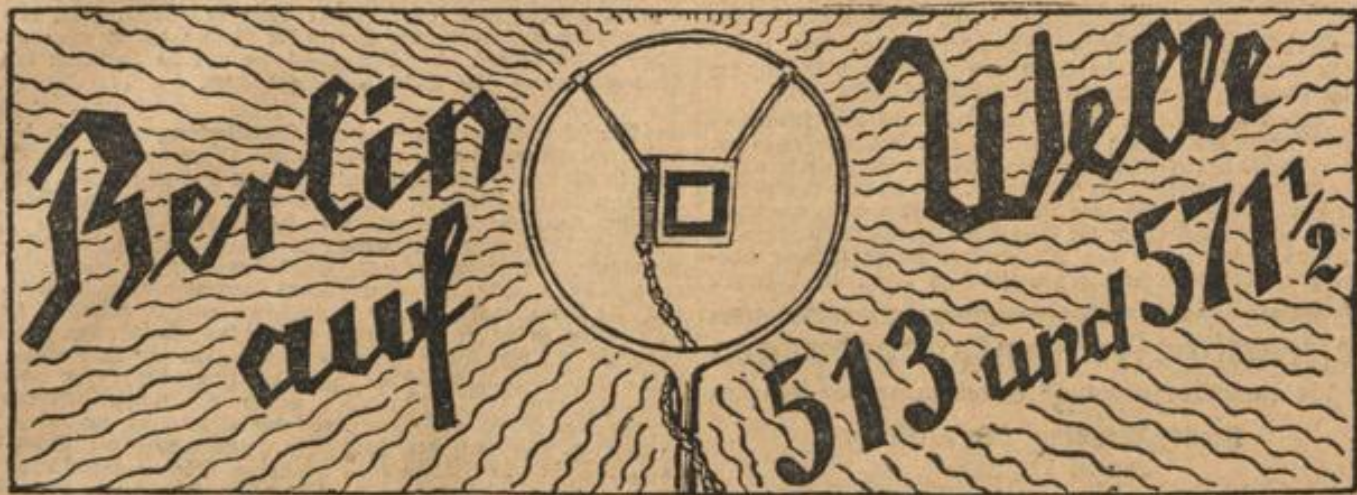
Die zunehmende Verbreitung der  
CONSTANTIN CIGARETTE

**ACO-SILBER**  
beweist die Qualität.



Mit reinem Aluminium Mundstück zu 5,-





Der Rundfunk, das Wunderkind dieser aufgeregten Zeit, wurde in kurzer Frist bereits uns allen zu einer Selbstverständlichkeit. Ist eigentlich gar kein Wunderkind mehr, sondern Kamerad und Freund. Daß vieles zu kritisieren ist, sagt noch nichts gegen die Freundschaft an sich, beweist höchstens die Existenz störender Nebengeräusche. Diese unangenehmen Begleiterscheinungen bekämpft man im Technischen schon mit viel Erfolg, warum sollte der da im Geistigen ausbleiben? Heute schon vermittelt der Rundfunk viel Freude. Jedes Konzert, jeder Vortrag, jedes Schauspiel, jede Oper kann in des Fernsten Hütte getragen werden. Einsame werden zerspreut. Kranke getröstet, Blödsinnige abgelenkt. Man kämpft um den Arbeitssender, der noch vieles, was dem Proletariat jezt Wunsch bleibt, mellen kann. Aber auch so können wir im Rundfunk einen Mittler zwischen den Menschen, den Völkern, einen Träger großer Ideen sehen.

Potsdamer Straße 4.

Bereits seit 1922 besteht in Deutschland ein Wirtschaftsrundfunk. Schon damals entwickelte Staatssekretär Dr. Bredow Grundzüge für die Einrichtung eines Unterhaltungsrundfunks. Die „Radiostunde“ wurde gegründet, im Boghause, Potsdamer Straße 4 richtete sie sich ein und traf dort die ersten technischen Vorbereitungen, um die bisherigen Königswusterhausener Sonntagsübertragungen in größerem Maßstabe und offiziell in Berlin einzuführen. Am Vormittag des 29. Oktober 1923 wurde in den Räumen des Telegraphentechnischen Reichsamts in der Königgräber Straße die letzte Prüfung der Berliner Sendeleitungen vorgenommen. Der Erfolg war überraschend gut. Am selben Abend durchschwang das erste deutsche Rundfunkprogramm, auf Welle 400, die Welt. Nicht allzu viele werden damals das Konzert gehört haben. Das Radiovermögen war so lange eine ziemlich teure Angelegenheit, bis die Massenfabrikation der Empfangsgeräte, damit ein Sinken der Preise und weiterhin eine beträchtliche Ermäßigung der Hörgebühren eintrat. Bereits am 1. Januar 1924 zählte man in Berlin gegen 1500 eingeschriebene Teilnehmer, am ersten Geburtstag der Funkstunde deren 148 472, und jezt sind die 440 000 schon überschritten; jeder Tag bringt rund 600 Neuanmeldungen. Da auf jeden Empfänger durchschnittlich drei Zuhörer kommen, so kann man allein für Berlin heute 1,3 Millionen Radiobesitzer rechnen. Und wie diese Zahlen ins riesenhafte wachsen, so ändern sich entsprechend auch alles andere: Umfangreicher, besser und vielfältiger wurden im Laufe der Zeit die Programme, zahlreicher und repräsentabler all die Räume, die teils verwaltungstechnischen und teils technisch-praktischen Zwecken dienen, größer wurde der Stab der technischen und kaufmännischen Angestellten und der künstlerischen Kräfte, umfangreicher die „Funkstunde“, das gleichsam amtliche Organ. Friedrich Georg Knipfle und Wilhelm Wagner heißen die Direktoren; die künstlerische Leitung haben inne Cornelis Bronsgeest, Alfred Braun, Walter Braunsen und Bruno Seidler-Winkler. Und jeder, der Radio hört, weiß, daß auch die Anlagen nicht wenig zu tun haben. Außer der Ankündigung der einzelnen

Programme obliegt ihnen täglich der Bericht über die Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle, dreimal täglich die Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, der Wetterbericht, der Börsenbericht, die Uebersmittlung des Zeitzeichens. Arbeit, viel Arbeit. Das Publikum hört nur das Endergebnis, zu sehen bekommt es davon ebenso wenig wie vom Werbeprozess selbst.

Auf der Funkprobe.

Der Fahrstuhl läuft das Treppenhaus hoch. Im zweiten Stock steigt der Briefträger aus, froh, einen Nielsenpacken Post loszumachen. Hunderte, bald Tausende von Briefschaften laufen täglich bei der „Funkstunde“ ein; unter der Millionenschar der Hörer befinden sich



Ein Teil des großen Senderraums.

nicht wenig Ratgeber, Beobachter und Leute, die es drängt zu danken oder zu schimpfen. Im Dachgeschoss angekommen. Tief unten liegt jezt die Potsdamer Straße und ihr lärmender Verkehrsstrudel. „Nur mit Erlaubnis der Direktion“ öffnet sich die Eisentür zum Allerheiligsten. Wohl so fünfundsiebenzig Leute laufen herum, Stimmen schreien durcheinander. Alle aber überbrückt des Regisseurs rundfunkbekannter Tenor. Innerhin ist er in der Rolle, die er nicht, tatsächlich Kapitän: ein Schiff, das er von seinem Kahn aus sieht, soll aus Seenot gerettet werden. Deshalb das Geschrei und deshalb das Gedränge, verursacht von fünfundsiebenzig „Ratgeber“. Sie sind noch nicht „dran“, im Aufnahmerraum probt das fünfzig Mann starke Funforchester, — es bleibt ihnen nichts anderes übrig, als auf dem Korridor oder im Künstlerzimmer zu warten. Im Zimmer links des Senderraums ist der Eintritt nicht gestattet: hier sitzen ein paar Beamte der Reichspost bei ihrer Apparatur. Neben dem Künstlerzimmer hat man einen kleinen Senderraum eingerichtet; von hier aus werden sämtliche Vorträge, Nachrichten und Mitteilungen gegeben; von hier aus wird auch das Schallplattenkonzert — in direkter mechanischer Verbindung zwischen Elektro- und Mikrophon — auf den Wühlener Sender übertragen. Undauernd ist hier Betrieb. Pause für das Publikum ist noch lange nicht Pause für die Männer vom Rundfunk. Eben spricht eine Schauspielerin, die sich gern für einen Abend verpflichtet lassen möchte, ein paar Probepfeile ins Mikrophon. Fast zittert das arme Opferlamm, das ahnungslos und unthunlich solcher Geflogenheiten hierher kam. Nur hinten „bei der Post“ kann man die Zustimmung jezt hören. Dreißig Sekunden hat der Regisseur den Hörer über den Kopf gestülpt, schmunzeln Zufriedenheit, eilt zurück ins Sendezimmer, wo die Künstlerin sich noch immer ins inzwischen abgestellte Mikrophon hineinbegeistert. „Wir sind bereit, Sie vorerst für einen Abend zu engagieren. Wie hoch ist denn Ihre Honorarforderung?“ Ahnungslos, daß die jezt Verhandlung, die zweifellos starke rückwärtsdrängende Kräfte erfordert, nicht so schnell zu Ende geführt ist, läßt der Regisseur einen seiner Hilfsregisseure die Sache ins reine bringen.

„Ruhe!“

Während also hier die Diskussion um sehr materielle Dinge sich dreht, beginnt man im Aufnahmerraum mit der Probe zu einem Hörspiel „Rettung Schiffbrüchiger aus höchster Not“. Da einem vorher gesagt wurde, daß das ganze „S. O. S.“ auch heißen soll (das internationale Schiffsnotsignal „Save our souls“, d. h.: Rettet unsere Seelen), muß das schon ein erdärmlicher, phantastischer Keil sein, den das Milieu des Senderraums irgendwie noch stört und am Beinahertrinken und Gerettetwerden etwa hindert. Alle Wände des ziemlich langen, aber nicht sehr hohen Raumes sind schalldämpfend und schallverteilend mit dichtigem, grünem Stoff bespannt. Das Decken der paar kleinen Fensterchen ließe die Potsdamer Straße hinauslärmern: weh' dem, der öffnet! Dreimal wehe, wenn einer öffnet, indes die Lämpchen, die über jeder Türe hängen, brennen und mit feuerroter Schrift gebieterisch „Ruhe!“ verlangen. Und ein seltsames uhrähnliches Instrument läßt einen Zeiger in derselben Stärke auf- und niederpendeln, in der vor dem Mikrophon gesprochen, gesungen und gespielt wird. Wie so ein Mikrophon aussieht, weiß heute schon jedes Kind; freilich, den Künstlern ist es meistens unfaßbar, daß alle Welt sie hören soll, wenn sie in das kleine Kästchen, das ein schmaler Keil trägt, hineinsprechen. Rauscher meint, ihm fehle das befeuernde Publikum, dessen Unfaßbarkeit nicht zur Höchstspannung hinreife könne. Das hat für den Einzelsprecher wohl immer noch mehr Wahrscheinlichkeit für sich, als für den Mitwirkenden im Ensemble. Gute Schauspieler leben sich hier in ihre Rolle hinein und spielen sie mit derselben Mimik und Körperbeweglichkeit wie auf der Bühne. Um die Erlebnisstärke zu steigern, ließ man sie „Wollensfelns Lager“ in Kostümen spielen; das Experiment hat sich auch sehr bewährt. So gibt es hier oben immer etwas anderes zu sehen und zu hören: wenn nicht übertragen wird, wird geprobt; wenn nicht musiziert wird, wird rezitiert oder Theater gespielt. Ende dieses Monats beginnen in dem neubauten Aufnahmerraum Uebersetzungsversuche, von deren Ergebnis der Zeitpunkt der Auszug dieses Senderraums abhängt.

Was man so vor hat.

Die künstlerischen Ausschüsse der „Funkstunde“ haben es nicht gerade leicht, ein Programm zusammenzustellen, das allen zusagt. Auf Monate ist es stets festgelegt. Das geistige und künstlerische Niveau der Hörerschaft ist ebenso vielfältig wie ihr Wunschziel. „An alle!“ waren die ersten Sendeworte des Berliner Rundfunks

Onkel Moses.

Roman von Schalom Asch.

Charlie freute sich zusammen mit der ungeheuren Menschenmenge. Er liebte es, Menschen zu betrachten, wenn sie sich wohl fühlten. Denn selten sah er, daß eine Menge von Menschen zusammen sich wohl fühlte und sich freute. Stets sah er Menschen zusammen arbeiten, zusammen leiden, zusammen trauern. Doch hier — die große, mächtige Woge von Menschen, alle halbnaht, Frauen und Männer beisammen, mitten unter ihnen die Kinder, sie essen zusammen, baden zusammen, freuen sich, lachen und spielen zusammen, und alle durchpulst die Freude. Dieser Anblick wirkte auf Charlie anstehend und weckte seine Lebensfreude und seine Jugend. Er wünschte nur schnell mitten in dieser Freude zu sein, mit allen mitzuspielen und sich mitzufreuen, wünschte so rasch wie nur möglich im Wasser zu sein, sich unter die fröhliche Menge zu mischen, deren Freudenschrei aus dem Brausen des Meeres lautlich und hell heroordrönten — und Mascha war nicht zu sehen. . . . Charlie hatte das Gefühl, er sei in Mascha verliebt; es war ihm, als sei er nur mit Mascha zu diesem Fest der Freiheit und Nacktheit gekommen, und er wollte rasch, nur rasch an diesem Fest teilnehmen.

Indessen suchte Mascha Charlie unter der Menge, ohne daß er es merkte. Entzückt von den Menschen und ihrer Freude, ging er von einer Gruppe zur andern und sah ihnen beim Essen zu — Männer, Frauen und Kinder aßen fröhlich und warfen das Essen umher. Voll Freude sah Charlie zu, wie Männer, Frauen und Kinder sich aneinander schmiegen und sich Leib an Leib im Sande wälzten — und Mascha ging ihm zwischen der Menge nach, bis sie ihn endlich mit Mühe bei der Hand fassen konnte:

„Wo steckst du? Ich suche dich überall.“

„O, Mascha, komm, komm schnell!“ Er faßte das Mädchen bei der Hand und zog sie mit sich ins Wasser.

Eine Meereswoge kam ihnen entgegen und trug in ihren Falten eine Menge von Menschenleibern und Wasser, die sie beide auf Charlie und Mascha ergoß. Es dauerte lange, bis beide, einander bei den Händen haltend, sich von dem Strom des Wassers befreien und der Masse nasser, triefender Menschen, selbst naß und triefend, entwinden konnten; von der Meeresfeuchtigkeit glänzend, lachte Charlie hell auf: „O, Mascha!“ Er faßte Mascha bei der Hand und zog sie weiter ins Meer hinein.

Eine zweite Welle kam heran, preschte die beiden jungen Menschen aneinander und verflacht ihre Leiber ineinander. Mascha küßte Charlies trocknen, jungen, harten Körper auf sich, küßte seine starken, jungen Hände an ihren Brüsten, und zwischen seinen nackten Händen und ihren Brüsten war gar

nichts, nur fließendes Wasser. Und Charlie küßte, wie Maschas leichter Körper sich über ihn legte, und ein angenehmes Gefühl durchzog ihn, als der kühle Mädchenkörper, in feuchte Weichheit gekleidet, sich an ihn schmiegte. Er zog Mascha an der Hand noch tiefer ins Wasser. Mascha bekam Angst, in freudigem Schreck schrie sie laut auf und hing sich mit beiden Armen an Charlies jungen, starken Hals. Charlie hielt sie mit beiden Händen fest, und das Wasser half ihm. Er sah ihren jungen, kräftigen Körper, der sich in einer feuchten Linie aus ihrem Badeanzug heraus hob, der feuchte schwarze Seidenstoff nahm die Linie ihres Körpers ab. Der eng anliegende feuchte Stoff offenbarte jeden Teil ihres jungen Mädchenkörpers und ließ jede Linie erkennen; Maschas junge Brüste hoben sich wie zwei harte, reife Birnen aus dem nassen Kostüm ab, und ihr runder, fester Unterleib trat wie ein feingeschnittener Porzellanteller aus der nassen Seide hervor. Charlie betrachtete mit Freude die Linien des Körpers und küßte das pulsende Leben, den verhaltenen Willen, der in dem kalten, harten schlummerte, das er in seinen Armen hielt. Doch lange schauen und denken konnte Charlie nicht — das Meer warf beide auf und nieder, und die frischen, unaufhörlich andrängenden Wellen brachten ihnen das kühle Geheimnis des weiten, tiefen Meeres empör; immer wieder küßten sie zwischen sich einen dritten Körper, den kühlen, frischen, geheimnisvollen Körper des tiefen, weiten Meeres, der sich anfühlte wie der Körper einer fremden, unbekanntem Frau. Sie erschrakten vor diesem fremden Körper, hielten einander fest und schmiegen sich aneinander, und der kühle fremde Wasserleib schmiegte sich an sie, wollte sich an ihren jungen Leibern wärmen, mit ihnen und mit ihrem verborgenen Geheimnis zusammen sein und sie vor den Augen fremder Menschen bergen. . . .

9.

Mascha und Charlie lagen auf dem Sand, und eine Sonne bestrahlte sie beide, und beide wurden sie von der Freude und Fröhlichkeit angefüllt, welche unter der Menge natter, glücklicher Menschen auf dem sandigen Strande herrschte. Sie dachten nicht daran, daß sie jung seien; sie wußten beide nicht, daß sie einander liebten; sie waren nur glücklich, daß die Sonne sie wärmte und alle Menschen am Strande. Es war ihnen, als sei die große verschiedenfarbige Menge an dem langen Meeresstrande mit den nackten Armen und den vielfarbigen Hauben auf dem Kopf eine Familie — als sei die ganze Welt eine Familie geworden und sie Glieder dieser Familie.

„Ich sehe gern die Freude einer großen Menge,“ sprach Charlie zu Mascha, „ich liebe, ihre Freude zu sehen und in ihrer Freude mit ihnen zu sein. Es gibt Leute, welche Conen Island nicht lieben, weil es der Platz der rohen Masse ist, welche das Meer mit ihren Speiseresten beschnuht und den Strand mit ihren vererbenen häßlichen Leibern schändet; —

doch ich glaube, Freude und Glückseligkeit kann man nur zusammen mit der Menge, mit einer großen, rohen Masse finden. Es würde mich langweilen, Freude und Vergnügen allein zu genießen. Ich würde mich langweilen, allein glücklich zu sein oder nur mit ausgewählten Glücklichen zusammen zu sein, welche die Möglichkeit haben, Vergnügen und Freude zu genießen. Vergnügen und Freude kann man nur dann haben, wenn man sieht, wie die große Masse Vergnügen und Freude hat. Dann scheint es gar nichts Schlechtes und kein Leid mehr auf der Welt zu geben; dann scheint Vergnügen und Freude allen bereitet zu sein. Ich glaube, nur hier kann man stark und tief Vergnügen und Freude empfinden, wo Vergnügen und Lust innerliche und wahrhafte Freude schaffen, wo man von der allgemeinen Freude angefüllt wird.“

Mascha blickte Charlie schweigend an. Sie hörte ihn gern sprechen. Charlie konnte nicht ruhig sprechen, er sprach stets mit Begeisterung, mit fröhlichen Augen und lebhaften Gesten er schien von seinem Vater, dem frommen Chassid, die religiöse Begeisterung geerbt zu haben, und da er sie nicht anders entladen konnte, so trankte er mit ihr seine Ueberzeugung. Diese, vom frommen Vater ererbte, ihm angeborene Begeisterung und Inbrunst hatte sogar die amerikanische Normalschule bei Charlie nicht unterdrücken können.

„Sieh dich um, Mascha,“ Charlie sprang vor Freude auf, „sieh nur, wie weit, wie unendlich weit sich die Menge hinzieht, Tausende und Hunderttausende, sieh nur — alle sind glücklich, alle freuen sich —, ich liebe die Masse; wenn ich mitten in einem solchen Meer von Menschen bin, da ist mir, als wäre ich zu allem, zu den größten Taten fähig. Es gibt Demokraten, ja sogar Sozialisten, welche die große Menge nicht lieben. Die Masse ist ihnen zu roh, zu unkultiviert und beleidigt ihr ästhetisches Gefühl. Ich habe oft von meinen Kameraden reden hören können, daß sie sich in der Menge einsam fühlen. Die Narren, — sie begreifen nicht die Idee der Menge; sie glauben, die Menge sei eine Summe vieler einzelner, roher, ungeschlagener Einzelner. Sie wissen nicht, daß die Menge ein Körper, eine Seele, ein Geschöpf für sich mit eigener Individualität ist. Wenn ich unter einer Menge bin, so habe ich das Gefühl, als befände ich mich in der Unendlichkeit, in dem Geheimnis unserer Existenz, welches man als einzelner nicht erfassen und erfüllen kann. Weißt du, Mascha, was die Masse ist? Die Masse, das ist das große ewige Leben, welches vor uns war und nach uns sein wird. Wir werden sterben, jeder einzelne wird sterben, doch die Masse wird leben, sie hat ewig gelebt. In allen Generationen, in allen Formen. Ich glaube: Gott hat nicht zuerst den einzelnen geschaffen, sondern die Menge; wenn ich mit einer solchen Menge von Menschen zusammen bin, da bin ich überzeugt, da habe ich die Empfindung, daß ich mich aufgelöst habe, daß ich ein Teil der großen Ewigkeit bin.“

(Fortsetzung folgt.)















# Kritik an Reinholds Finanzprogramm.

## Reichstagsrede des Genossen Keil über die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Der Reichstag setzte gestern die Etatsberatung beim Haushalt des Reichsfinanzministeriums in Verbindung mit der ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Steuer-milderungen zur Erleichterung der Wirtschaftslage fort.

Abg. Keil (Soz.):

Wir fordern, daß jeder Steuerpflichtige nach Maßgabe der Ge-fahr ehrlich zu den Lasten beiträgt. Bei den Veranlagungspflichtigen ist bisher nicht zu viel, sondern zu wenig zur Erforschung des Ein-kommens und Vermögens geschehen. Sonst wäre es auch nicht denkbar, daß die Einkommensteuer der Veranlagungs-pflichtigen einschließlich des Steuerabzuges vom Kapitalertrag nur mit 900 Millionen eingestellt wird, während die Lohnsteuer auf 12 000 Millionen geschätzt wird. Dabei ist zu beachten, daß vom Aufkommen der Lohnsteuer nicht weniger als 82 Proz. auf die Ein-kommen unter 5000 Mark entfallen. Der geringe Ertrag der von den Veranlagungspflichtigen gezahlten Steuer erklärt sich daraus, daß der landwirtschaftliche Großbesitz mit seinen Finanzierungs-kosten es verstanden hat, sich im großen Maße steuerfrei zu machen. Nach einer Auskunft des Reichsfinanzministers sind vom landwirtschaftlichen Großbesitz mit über 400 Morgen 60 Proz. vom Mittelbesitz mit 60-400 Morgen 75 Proz. steuerfrei. Dabei führen die Besitzer aber ein sehr standesgemäßes Leben. Angebildet leben sie von der Substanz. Sie fühlen sich dabei sehr wohl, viel wohlher als der Arbeiter und Angestellte, der ständig von der Substanz seiner Arbeitskraft zehrt und dennoch seine Lohnsteuer auf Heller und Pfennig bezahlen muß. Dringend notwendig ist die Ausdehnung des Buchprü-fungsdienstes auf die buchführende Landwirtschaft.

Wenn der Buchprüfungsdienst bei der Nachkontrolle eines Bruch-teiles der Steuerpflichtigen in Industrie und Landwirtschaft im Jahre 1924 eine Mehreinnahme von 94 Millionen, im ersten Halbjahr 1925 eine solche von 50 Millionen ergeben hat, um wieviel größer würden die Summen bei einer Nachprüfung der Steuererklärungen der Großlandwirtschaft sein! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Nachprüfung ist auch notwendig in Rücksicht auf die Tätigkeit der Steuerberatungsstellen des Wandbundes, die sicherlich nicht auf die Steigerung der Reichseinkünfte hinwirken. Wir fordern, daß der Steuerbeamte mit Gewissenhaftigkeit und, wo es not tut, auch mit Strenge seines Amtes walte. Das gebietet die all-gemeine Steuerethik und die Rücksicht auf die ehrlichen Steuerzahler. Wir würden mit viel niedrigeren Steuererlägen auskommen, wenn jeder zahlen würde, was er schuldet ist. Deshalb sollte unsere Forderung nach Offenlegung der Steuerlisten von jedem ehrlichen Steuerzahler unterstützt werden. Was der Unehrliche zu wenig zahlt, wird dem ehrlichen zuviel aufgebürdet. Einsteuern muß der Großlandwirt, der angeblich kein Einkommen hat, nach seinem Lebensaufwand eingeschätzt werden. Auch den Steuerermäßigungsansprüchen muß wieder mehr Aufmerksamkeit ge-schenkt werden.

In das Gerede von der ausgeblähten Finanzverwaltung stimmen wir nicht ein, weil wir zugeben, daß die Ueberleitung der Steuerver-waltung in die stabilen Verhältnisse schwierig und langwierig ist. Dazu kommt, daß während der Wirtschaftskrise die Steuererhebung schwieriger ist als sonst. Die Stundungs- und Erstattungsanträge wachsen gewaltig. Der erwerbslose Arbeiter und Angestellte hat ein Recht auf Erstattung zuviel bezahlter Steuern, und die Erstattung soll rasch geschehen, aber sie erfordert natürlich ein starkes Personal. Dazu sind die Aufwertungsgebote gekommen, die Ablösung der Markantleihen ist von der Finanzverwaltung durchzuführen. Es sind zwar Bestrebungen im Gange, die Aufwertungsfragen noch einmal aufzurollen. Sie gehen nicht von den Deut-schnationalen aus. Es hätte zwar nicht überrascht, wenn die Deutschnationalen nach ihrem Ausscheiden aus der Regierung ihre alten Oppositionsanträge, die sie im vorigen Jahre bekämpft haben, jetzt wieder ausgenommen hätten. (Heiterkeit.) Der Eifer, mit dem sie die Ansprüche der Fürsten verteidigen, müßte sie eigent-lich dazu veranlassen. Aber sie scheinen sich nach den bisherigen Er-fahrungen von ihren Agitationsmanövern keinen Erfolg mehr zu versprechen. Der Finanzverwaltung ist aufs dringendste zu empfehlen, das Verfahren zu vereinfachen, das bei der Gewährung der Vorzugsrente eingeschlagen wird.

Man sollte allen Antragstellern ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt, an dem sie den Antrag stellen, die Rente vom 1. Oktober 1925 ab gewähren und für die Herstellung der Bedürftigkeit nur das Ein-kommen des Jahres 1925 heranziehen. Wenn sich daraus ein kleiner Mehraufwand ergibt, so darf man nicht kleinlich sein gegenüber den verarmten Gläubigern des Reichs, die Kummer und Not im reichen Reich getragen haben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichsfinanzminister hat mit seinem Steuererleichterungs-programm im Ausschuss ebensowenig Begeisterung geweckt, wie im Plenum. Es wird bestritten, ob das Programm den in Aussicht gestellten günstigen Einfluß auf das Wirtschaftsleben ausüben wird und ob die Balance im Reichshaushalt gesichert bleibt. Merk-würdigerweise hat aber dieselbe Fraktion, die diese Bedenken am stärksten betont, den Vorschlägen der Regierung eine ganze Serie von weiteren Steuererleichterungsanträgen folgen lassen. Diese An-träge der Deutschnationalen würden einen Ausfall von Hunderten von Millionen in den Reichseinkünften bewirken. In der sozialistischen Steuererleichterung würde kein Stein auf dem andern bleiben. Die Deut-schnationalen scheinen den Finanzminister so verstanden zu haben, daß Steuern nicht mehr nötig seien. Hat der Minister wirklich so verstanden sein wollen? Von keiner Antwort auf diese Frage wird unser weiteres Verhalten abhängen. Der Erfüllungseifer Schleichens und seiner deutschnationalen Freunde schien uns zwar schon zu seiner Amtszeit übertrieben zu sein. Aber so vollständig können wir die Reichsliste Schleichens nicht in den Wind schlagen, wie es die Deutschnationalen heute mit ihren Anträgen tun. Wir nehmen diese Anträge so wenig ernst, wie die Antragsteller selbst, die nur auf Reichsstaatskassen damit Eindruck machen wollen. (Beifall b. d. Soz.)

Wenn wir bereit sind, die Vorschläge der Regierung in Er-wägung zu ziehen, so gehen wir dabei von folgenden Voraus-setzungen aus: 1. daß die Sozialpolitik nicht ein-geschränkt werden, denn damit würde die Kaufkraft der Massen noch weiter gemindert und die Bekämpfungsfähigkeit der Arbeiter geschwächt; 2. daß die Regierung die Garantie für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Haushalt übernehmen; 3. daß das Wohnungsbauprogramm keine Ein-schränkung erfahren. Unter Betonung dieser Gesichtspunkte stimmen wir dem Vorschlag auf Herabsetzung der Umsatzsteuer im Prinzip zu. Soll sie sich aber im Wirtschaftsleben günstig aus-wirken, so darf sie nicht 1/10 Prozent betragen, sondern muß min-destens 1/2 Prozent ausmachen. Es war ein schwerer Fehler, daß die Herabsetzung der Umsatzsteuer von dem Maximalfuß von 2 1/2 Prozent auf den jetzt geltenden Satz von 1 Prozent in kleinen Stufen statt mit einem Schritt erfolgte. Deshalb ist der starke preissteigernde Einfluß ausgeblieben, den man erwartet hatte. Wir werden den Antrag, den wir schon im vorigen Jahr gestellt haben, die Umsatzsteuer auf 0,5 Prozent herabzusetzen,

wiederholen. Den erhofften günstigen Einfluß auf das Wirtschafts-leben wird aber auch diese Senkung nur dann ungehemmt aus-

üben, wenn sie von wirtschaftspolitischen Maßnahmen begleitet ist. Die Hochschulzollpolitik ist u. a. begründet worden mit dem Hinweis auf die Vorbelastung der deutschen Wirtschaft durch die Umsatzsteuer. Mit dem Wegfall dieser Vorbelastung muß daher auch ein Abbau der Zollgesetzgebung verbunden werden. Die Reichsregierung sollte bekennen, daß sie auf dem Gebiete der Zollpolitik ebenso falsche Wege eingeschlagen hat, wie auf dem Ge-biete der Steuerpolitik. Der erhöhte Einnahmeausfall, der bei der Senkung um 1/2 Prozent statt um 1/10 Prozent entsteht, fällt nicht ins Gewicht, um so weniger als bisher jede Milderung der Umsatzsteuer in gewissen Maße verbrauchssteigernd gewirkt hat und infolgedessen der Einnahmeausfall prozentual kleiner war, als die Steuererleichterung. Wir haben aber auch einen Deckungs-vorschlag für den Mehrausfall. Die Regierung braucht nur auf die Herabsetzung der Vermögenssteuer für 1926 zu verzichten. Die Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung liegt ohnedies in Deutschland sehr im argen. Wir werden unsere Hand zu ihrer Milderung um so weniger bieten, als bis heute die Inflations-gewinne noch unversteuert sind. Vor Jahresfrist haben wir bereits vorausgesehen, wohin die Reise gehen sollte, als damals zwei Raten der Vermögenssteuer für 1925 ausgesetzt wurden. Man begründete das damals damit, daß die Vorauszahlungen schon höher seien als das wahrscheinliche Soll, das sich bei der Neuveranlagung ergeben wird. Jetzt wird der Verzicht auf eine Vierteljahrsrate be-gründet mit der Unmöglichkeit der Vornahme zweier nicht auf-einander folgender Veranlagungen und der Senkung mancher Ver-mögenswerte im Jahre 1925. Man kann diesen Gründen Rech-nung tragen und braucht doch nicht auf die Rate zu verzichten. Man überlasse es dem einzelnen Steuerpflichtigen, seinen Ver-mögensverlust nachzuweisen und Ermäßigung zu beantragen.

Wir lehnen es ab, den Großbesitz zu der künstlichen Herab-setzung seiner Einkommensteuer auch noch generelle Ermäh-igung der Vermögenssteuer zu gewähren. (Beifall b. d. Soz.)

Wir hätten dringlichere Vorschläge für Steuererminderungen. Die Familienermäßigungen bei der Lohnsteuer be-dürfen der Erweiterung. Die Zuckersteuer drückt auf den Ver-brauch. Hier bieten sich Gelegenheiten zur Schonung der wirklich schonungsbedürftigen Bevölkerung. Starke Bedenken haben wir auch gegen die Milderung der Fuhrlosteuern. Die Wertzuwachssteuer soll allerdings nicht erhoben werden, wenn kein Wertzuwachs, sondern nur eine Zusammenlegung von Werten zu verzeichnen ist. Aber die Herabsetzung der Gesellschaftsteuer und der Grund-erwerbsteuer erscheint nicht geboten; hier ist mit Stundung auszu-kommen, wenn sie nötig ist. Der Aufhebung der sogenannten Luxussteuer stimmen wir zu.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen über die geplante Neu-gestaltung des Finanzausgleichs. Man beabsichtigt, den Ländern und Gemeinden die Erhebung von Zuschlägen zur Ein-kommensteuer zu gestatten, um so ihr Verantwortungsgefühl zu stärken. Aber bei der Bewilligung der Realsteuern konnte sich doch bisher das Verantwortungsgefühl der Länder und Gemeinden schon betätigen. Dem Zuschlagsystem stehen neben schweren prin-zipiellen Bedenken große praktische Schwierigkeiten im Wege. Soll auch die Lohnsteuer den Zuschlägen unterworfen sein? Darf dabei von den reichsrechtlichen Ermäßigungen abgewichen werden? Das würde bedeuten, die schwersten Kämpfe in die Landtage und Ge-meindeverwaltungen zu verlegen. Es würde auch zu einer Buntschichtigkeit der Steuererhebung führen, die heute noch weniger zu ertragen ist als vor dem Kriege. Damals kamen nur Gemeindezu-schläge zu den Landessteuern in Betracht, heute sollen Gemeinde- und Länderzuschläge zu den Reichsteuern hinzukommen. Eine befriedigende Lösung dieses Problems ist kaum denkbar. Mit einer un-

diert, den man in Deutschland endlich ausrotten sollte. Mit dem alten System der Steuerzuständigkeit wären wir über die Schwierig-keiten der letzten Jahre nicht hinweggekommen. Nur eine demagogische Agitation kann davon reden, daß das Reich seine erweiterte Steuer-hoheit mißbraucht hätte. Die Denkschrift der Regierung über den Staatsbedarf des Reichs und seine Deckung 1923/1926 liefert dafür den durchschlagenden Beweis. Man sollte, wenn endlich stabile Zustände eingetreten sind, dem bisherigen Steuersystem erst ein-mal eine längere Bewährungsprobe geben und sich dann ein Urteil bilden, ob Änderungen in seiner Konstruktion notwendig sind. Wir Sozialdemokraten werden auch auf dem Gebiete der Steuererlei-cherung bedacht sein auf die

Sicherung und Stärkung der Reichseinheit

und als unser Ziel werden wir eine sozialgerechte Verteilung der Steuerlasten betrachten. (Beifall bei den Soz.)

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold:

Das Gesetz über die Steuererleichterungen hält sich sehr eng an den Inhalt meiner Etatsrede. Eine Abweichung besteht nur darin, daß wir uns jetzt entschlossen haben, die Luxussteuer vollständig aufzu-heben, weil auch ihre teilweise Aufrechterhaltung als eine Be-steuerung deutscher Qualitätsarbeit wirken würde. (Beifall.) Die Steuererleichterungen dürfen nicht isoliert betrachtet werden, sondern sie sind ein Teil des Regierungsprogramms für die Wiederbelebung der Wirtschaft nach der schweren Krise. Dazu gehört in erster Linie die Hebung und Förderung des Exports. Dazu gehören weiter Maßnahmen zur Kredithilfe. Dazu gehört vor allem die Wiederbelebung der Bauwirtschaft. Wir haben den Ländern und Gemeinden schon die Möglichkeit zur Hergabe billiger zweiter Hypotheken gegeben. Wir wollen jetzt auch bei der Beschaffung erster Hypotheken helfend vorgehen, zunächst durch einen Zwischen-kredit aus Reichsmitteln.

Die Steuererleichterungen sind nur durchführbar, wenn die gleich-zeitig Sparmaßnahmen durchzuführen durch Arbeitsver-einbarung und Verwaltungsreform.

Die Steuererleichterungsvorschläge sind nicht, wie der Abg. Hergt sagte, ein Sprung ins Dunkle. Es ist ja auch das politische Wunder eingetreten, daß die Deutschnationalen selbst die Sache jetzt nicht mehr als einen Sprung ins Dunkle betrachten. Sonst wäre es nicht zu erklären, daß die Deutschnationalen jetzt Steuererleichterungsanträge einbringen, die in ihrer Wirkung weit über die Regierungsvorschläge hinausgehen. (Hört, hört! links.) Eine weitere Voraussetzung für die Steuererleichterungen ist es, daß wir die Ausgaben des außerordentlichen Etats, die für die Zukunft bestimmten Anlagen nicht mehr als laufende Einnahmen, sondern aus Anleihen bestreiten. Die Möglichkeit dazu besteht, denn die deutschen Spareinlagen vermehren sich dauernd in beträch-tlichem Maße. Durch unsere Vorschläge soll eine Entlastung und Be-lebung der Wirtschaft erreicht werden. Das ist von der an sich wünschenswerten Herabsetzung mancher anderer Verbrauchssteuern nicht zu erwarten. Die Steuerermäßigungsanträge sind eine Not-maßnahme, zu der uns die Entwicklung der letzten Zeit gezwungen hat. Ich wäre nicht in der Lage gewesen, solche Steuerermäßigungen vorzuschlagen, wenn nicht die vorsichtige Steuerpolitik des letzten Sommers es dahin gebracht hätte, daß wir in diese Notzeit mit Ueberflüssen hineingegangen sind.

Abg. Oberforten (Dnat.) behauptet, daß die Ausfälligkeit des Beamtenapparats der Reichsfinanzverwaltung die unermessliche Wirkung des neuen Reichsfinanzsystems sei. Die Braunkohlen-monopolverwaltung sollte von der Reichsfinanzverwaltung getrennt und kaufmännisch selbständig ähnlich wie die Reichsbahn-verwaltung gestaltet werden. Eine Anfurbebung der Wirtschaft sei von einer wesentlichen Senkung der Umsatzsteuer nicht zu erwarten. Das Zulassungsrecht für die Länder und Gemeinden dürfe nur mit großen Einschränkungen und bei strengem Einspruchsrecht der Regierung gewährt werden.

Finanzminister Dr. Reinhold fragt die Deutschnationalen, warum sie die jetzige Senkung der Umsatzsteuer bekämpfen, während die Deutschnationalen doch die bisherigen Entlassungen gebilligt haben. Diese Steuererleichterung werde auf den Preis dieselbe Wirkung haben, wie alle anderen preisbildenden Faktoren. Der Sinn des Zuschlags-rechts sei die Wiederherstellung der finanziellen Selbstverantwortung in den Ländern und Gemeinden. Der Minister erklärte schließlich, sein Finanzprogramm sei vom Kabinett einstimmig gebilligt worden.

Abg. Bräunling (Soz.) hält es für wünschenswert, daß an den Veranlagungs- und Bewertungsbestimmungen, die wir im vorigen Sommer beschwerten wurden, mindestens für ein Jahr zehn Prozent festgehalten werde.

Es sei eigenartig, daß die Deutschnationalen sich jetzt gegen die-selben Programmpunkte wenden, die sie selbst im vorigen Jahre angefordert haben.

Wenn es nicht möglich sei, Anleihen aufzunehmen, dann müsse das Reichsbankgesetz dahin geändert werden, daß die Reichsbank dem Reiche die für besondere Zwecke erforderlichen Summen zur Ver-fügung stellt. Der zur Unterstützung der Erwerbslosen in diesem Jahre notwendige Betrag sei auf 200 Millionen Mark zu schätzen. Es müßten gewisse Reserven in den Kassen zurück-gehalten werden, um solchen Gemeinden zu helfen, die aus eigenen Mitteln ihren Beitrag für die Unterstützung der Erwerbslosen nicht aufbringen können. Zu wünschen wäre es, daß ebenso, wie in der Außenpolitik auch in der Finanzpolitik die einmal aufgestellten und bewährten Grundsätze von allen Regierungen, wenn auch die Ko-alitionen wechseln, anerkannt und durchgeführt werden.

Abg. Kelm (D. Sp.): Die Steuerbelastungen dürfen nicht die Ertragskräfte der Unternehmungen aufzehren, wie das bei Krupp der Fall sei, wo im vorigen Jahre ein Minus von 15 Millionen Mark, der ungefähr der Steuerbelastung entsprach, entstanden sei. Falls sei allerdings die Behauptung, daß die Steuerlasten die Wirt-schaft erdrücken, aber sie seien doch viel zu hoch. Von Krediten allein könnten die Unternehmungen nicht leben, sie müßten auch Kapital annehmen. Durch die jetzige Reform werde eine Belebung der Wirtschaft nur erfolgen, soweit die Luxussteuer in Betracht komme. Das Finanzministerium sollte denen mehr entgegenkommen, die an ihrem Vermögen starke Verluste erlitten hätten.

Abg. Neubauer (Komm.) bezeichnet als das Ziel des Finanz-ministers die Befreiung des Besitzes von den Staatslasten auf Kosten der arbeitenden Massen.

Abg. Fischer-Köln (Dem.) weist darauf hin, daß bei uns noch 4 bis 5 Proz. der Steuererträge für deren Erhebung und Verwaltung aufgewendet werden, während in England der Erhebungsquotient nur 1 bis 1 1/2 Proz. betrage. Es muß also noch eine wesentliche Vereinfachung erzielt werden. Beim Be-wältigungsrecht des Reichstags müßte das englische Budgetsystem übernommen werden, vor allen Dingen aber haben sich die öffent-lichen Ausgaben nach den beschaffbaren Einnahmen zu richten. Die Staatsausgaben, was aufgebracht werden muß, um die notwendigsten Staatsausgaben zu erfüllen, sollte durch eine etatswirtschaftliche En-quete festgestellt werden, die auch die etatswirtschaftliche Frage zu unteruchen hätte. Eine Zentralstelle müßte eine finanzstatistische Kontrolle führen und die Oeffentlichkeit während über die öffentliche Finanzverwaltung unterrichten.

Am 7 Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag, den 9. März, nachmittags 1 Uhr. Fortsetzung der Beratung.

## Öffentliche Kundgebungen

### für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten heute, Dienstag, den 9. März:

- Kreuzberg (47. Abt.): abends 7 1/2 Uhr in Rowats Festsälen, Kon-taußstr. 9. Redner: Dr. Kurt Löwenstein, M. d. R.
- Charlottenburg (58. Abt.): abends 7 1/2 Uhr in der Schulaula Vestalozstr. 40. Rednerin: Klara Bohm-Schuch, M. d. R.
- Cankwih: abends 8 Uhr in Lehmanns Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 29/31. Redner: Stadtverordneter Adolf Hoffmann.
- Lichterode: abends 7 1/2 Uhr im Lokal von Stieler, Am Dorfsteich. Redner: Otto Reier, M. d. R.
- Neukölln (97. Abt.): abends 7 1/2 Uhr im Lokal von Böde, Her-mannstr. 164/165. Redner: Bezirksverordneter Willy Groß-mann.
- Johannisthal: abends 7 1/2 Uhr, im Bürgergarten, Parkstraße. Redner: Max Rieker.
- Friedrichshof: abends 7 1/2 Uhr bei Tempel, Prinzessallee 30. Redner: Wilhelm Benda.
- Nahlsdorf-Süd: abends 7 1/2 Uhr im Restaurant Heidtrug (Be-fürderer). Redner: Landgerichtsrat Ruben.
- Reinickendorf-West: abends 7 1/2 Uhr in Hartmanns Brauerei, Reinickendorfer-Str. 10. Redner: Bezirks-verordneter Hermann Vempert.
- Waldmannslust: abends 7 1/2 Uhr im Lokal Art, Waldmannstraße. Redner: Rechtsanwalt Dr. Klee.
- Weißensee: abends 7 1/2 Uhr in den Borussia-Festsälen, Berliner Allee 211/214. Redner: Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, M. d. R.

### Morgen, Mittwoch, den 10. März:

- Mitte (1. u. 7. Abt.): abends 7 1/2 Uhr in der Schulaula August-str. 68. Redner: Willy Steintopf, M. d. R.
- Miergarten (8. Abt.): abends 7 1/2 Uhr im Rationahof, Bülow-str. 37. Redner: Bezirksverordneter Hermann Vempert.
- Prenzlauer Berg (31. Abt.): abends 7 1/2 Uhr in der Schulaula Schönsteher Straße 7. Redner: Artur Crispian, M. d. R.
- Kreuzberg (48. Abt.): abends 7 1/2 Uhr in Erlingens Festsälen, Wassertr. 68. Redner: Erich Ruttner, M. d. R.
- Zehlendorf: abends 8 Uhr im großen Saale des „Vindenspar“, Berliner Straße. Redner: Hermann Harnisch, M. d. R.
- Neukölln (91. Abt.): abends 7 1/2 Uhr im Karlsgarten (Bergschloß-höhe), Karlsgartenstr. 6/11. Redner: Geheimrat Albert Falkenberg. — (93. Abt.): 7 1/2 Uhr im Bärwinkel, Sied-lung Dammweg. Redner: Klauhner, M. d. R.
- Wiershof: abends 7 1/2 Uhr im Lokal Wöllstein, Bismarckstr. 73/75. Redner: Stadtverordneter Adolf Hoffmann.
- Friedrichshagen: abends 8 Uhr in Schröders Gesellschaftshaus, Friedrichstr. 128. Redner: Landgerichtsrat Ernst Ruben.
- Lichtenberg (117. Abt.): abends 7 1/2 Uhr in der Schulaula Süd-str. 69. Redner: Stadtverordneter Dr. Richard Voh-mann.
- Wittenau: abends 8 Uhr im Lokal Friedrich Schulz, Dronen-burger Straße 88. Redner: Bezirksverordneter Karl Litke-befriedigenden wäre aber nur dem turksöcheren Partikulartypen ge-



# Lehren der Stilllegungsaktion.

## Vorteile und Nachteile der Kalifonzentration.

Infolge der mehr spekulativen als betriebsökonomischen Bestrebungen der Kalifabrikanten war die deutsche Kaliumindustrie im großen ganzen in eine Entwicklung hineingewachsen, infolge deren die Wertesamkeit an Leberproduktion und die Wertseinheit an unwirtschaftlicher Unterproduktion krankte. Die nach dem Verlust des deutschen Kaliummonopols hervorgetretene produktionswirtschaftliche Rückständigkeit erforderte die Rationalisierung. Sie wurde herbeigeführt, indem sich die Kaliumindustrie zu Konzernen und Großkonzernen zusammenschloß, die die unrentabelsten Werke stilllegten und die Kaliumerzeugung, in Verbindung mit einer großzügigen Nebenproduktenerzeugung auf die Werke mit den besten bergbauischen und fabriktchnischen Bedingungen konzentrierte. Von bestehenden 224 Werken sind 118 endgültig und 35 vorübergehend stillgelegt, so daß die Erzeugung auf 71 Betriebswerke zusammengezogen wurde. Hieron entfallen schätzungsweise etwa 12 Betriebs- und etwa ebensoviele Refinerwerke auf den Wintershall-Konzern und etwa 59 Betriebs- mit etwa 23 Refinerwerken auf alle übrigen Konzerne. Nach dem heutigen Stande der Anlagen kann der Wintershall-Konzern mit seinen Betriebs- und Refinerwerken im Höchstfall 10 bis 12 Millionen Doppelzentner Reinkali leisten. Die heutige Gesamtleistungsfähigkeit aller Kaliumwerke schätzt man auf 25 bis 30 Millionen Doppelzentner Reinkali, so daß auf die Betriebs- und Refinerwerke aller übrigen Konzerne eine Leistungsmöglichkeit von etwa 15 bis 20 Millionen Doppelzentnern Reinkali kommen würde. Da an der Verstärkung der Großproduktion noch rege gebaut wird und werden soll, dürfte sich die heutige Anzahl der Betriebswerke mit der Zeit noch vermindern, zumal kaum anzunehmen ist, daß der Absatz im Tempo zunehmender Produktionsmöglichkeiten, welche ihm offenbar voraussehen, steigt. — Die mit der Rationalisierung erreichten

### betriebswirtschaftlichen Vorteile

sind folgende: Vor der Rationalisierung beschäftigte die Kaliumindustrie insgesamt etwa 45 000 bis 50 000 Arbeiter und Angestellte, nach dem letzten Wintershall-Bericht sind in ihr, bei erweiterter Erzeugungsmöglichkeit, nur noch 29 500 tätig, wovon auf Wintershall-Großkonzern der rund 40 Proz. der Kaliumerzeugung vertritt, 2500 (früher 22 000) und auf alle anderen Konzerne etwa 20 000 (früher bis 28 000) entfallen. Der Wintershall-Konzern erzielte durch die Rationalisierung nach eigenen Angaben diese Resultate: Der Durchschnittsgehalt der Gesamtförderung verbesserte sich von 10,5 Proz. Reinkali im Jahre 1919/20 auf 13,5 bis 14 Proz. heute; der Effekt pro Mann und Schicht, berechnet auf die Gesamterzeugung und die Gesamtarbeiterszahl von früher, 1 Doppelzentner auf heute 2,5 Doppelzentner. An Geldeinnahmen erzielte früher ein mittleres Konzernwerk mit Fabrik 750 000 bis 800 000 Mark, heute beträgt der Erzeugungswert eines mittleren Konzernwerkes 7 bis 8 Millionen Mark. Bei den anderen Konzernwerken ist die Entwicklung ähnlich. Der Kaliblock hat es verstanden, im verflossenen Jahre und der letzten Zeit die Selbstkosten ganz enorm herabzudrücken. Neuerdings suchen die Konzerne die Wirtschaftlichkeit noch durch räumlich engere Zusammenfassung ihrer Betriebswerke im Werts Austausch mit anderen Konzernen zu heben. — Demgegenüber drücken sich die

### Schattenseiten und Befürchtungen der Konzentration

im folgenden aus: Durch die geschaffenen und werdenden Großanlagen ist die Kaliumwirtschaft in der Lage, heute, bei Ausnutzung aller Möglichkeiten, mindestens 25 bis 30 Millionen Doppelzentner Reinkali herzustellen. Der bisherige Absatz hat kaum ein Drittel dieser Herstellungskapazität wesentlich überschritten. Sofern die Absatzentwicklung der nächsten Jahre nicht eingermäßen diesen Herstellungsmöglichkeiten entspricht, ergibt sich die bedeutungsvolle Frage, ob im Ausmaße der Konzentration bisher nicht schon des Guten zuviel getan ist. Ernsthaft zu nehmende Stimmen weisen darauf hin, daß noch nicht sicher ist, ob die von Wintershall errichteten Mammutwerke, denen der Kaliblock und besonders der über vorzügliche Anlagen verfügende Dr. W. Sauer-Konzern ablehnend gegenüberstehen, im wirtschaftlichen und

vollwirtschaftlichen Interesse liegen. Wenn schon im allgemeinen der Grundsatz: Je größer die Anlage, desto rationeller der Betrieb gilt, so gibt es auch hier Grenzen und bedingte Voraussetzungen. Wenn kleinere Anlagen nicht immer wirtschaftlich arbeiten, so ist das nicht auf die kleineren Dimensionen, sondern hauptsächlich auf die von Anfang an unrichtige Dimensionierung, die eine Vollausnutzung verhinderte, zurückzuführen. Sämtliche Anlagen können letzten Endes nur wirtschaftlich arbeiten, wenn sie über ausreichende Quotenanteile, die eine volle Betriebsausnutzung gewährleisten, verfügen. Sofern die volle Ausnutzung aus Quotenmangel oder im Verhältnis zu der Erzeugungsfähigkeit unzureichenden Absatz nicht möglich ist, arbeiten die Riefenanlagen zweifellos teurer als kleiner bemessene Anlagen, die gut ausgenutzt werden, es sei denn, daß sich die Riefenanlagen, kraft ihrer in der Inflation bequem und billig erkaufte Majoritäten die Quoten der zu diesem Zwecke stillgelegten Anlagen auf Kosten der zahlreichen Rinderheitswerke sichern. Der Wintershall-Konzern hat sich für seine Riefenanlagen erforderlichen Quotenbedarf durch Kaufläufe ganzer Konzerne in der Inflation bequem und billig gesichert.

Die durch die Riefenanlagen erzwungenen zahlreichen Stilllegungen haben etwa 20 000 Arbeiter und Angestellte überflüssig gemacht.

viele Gemeinden und Geschäftsleute empfindlich geschädigt. Durch die bisherigen Gesamtsstilllegungen sind der Volkswirtschaft an investierten Kapitalien etwa 600 bis 700 Millionen Mark verloren gegangen, und man weiß heute noch nicht, ob diese rücksichtslose Abbuchung von Vermögenswerten, die volkswirtschaftlich noch nicht von Nacheil zu sein brauchen, durch eine vorteilhaftere Produktionsweise in den noch arbeitenden Werken ausgeglichen wird. Zehntausende von Arbeitern haben infolge der Großkonzentration Brot und Arbeit verloren. Ihr Wohl ist sicher besser gehahrt, wenn sie zerstreut, statt allsehr in überfüllten, ungehunden und teuren Industriezentren zusammengezogen wohnen und leben müssen. Von der durch die Rationalisierung erhofften wesentlichen Preisberabsetzung für Kalifalze ist demgegenüber wenig zu spüren, und es besteht auch keine Neigung zu einer Senkung der Spundatspreise, am allerwenigsten, nachdem das Monopol durch die deutsch-österreichische Verbindung ziemlich wiederhergestellt ist. Bei alledem ist die Frage, ob es nicht richtiger war, mehr kleinere als allzu große Anlagen, die den Tod an sich gut rentierender Mittelwerte bedeuten, zu beschaffen und sie voll auszunutzen. Der Kaliblock und der Dr. W. Sauer-Konzern halten Großanlagen bis zu einer Leistungsfähigkeit von 20 000 Doppelzentnern für ausreichend und haben damit zweifellos das Richtige getroffen. Schließlich ist die alte Weisheit: „Jede Intensivierung hat nur Zweck und Ziel, wenn ein Bedürfnis dafür vorliegt und steigerungsfähig ist“, angesichts der gegebenen Produktions- und Absatzverhältnisse in all ihren Konsequenzen besonders zu beachten und die sich daraus ergebenden Resultate zur Abwendung möglicher weiterer Schäden zu verwerten.

Die vorstehenden Ausführungen, die aus der Feder eines im Kalibergbau bewanderten Betriebswirtschaftlers stammen, bringen wir um so lieber zum Ausdruck, als für die gesamte deutsche Industrie die Frage der Rationalisierung heute von brennendem Interesse ist. Die Gewerkschaften haben in ihrer bekannten Denkschrift über die Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik mit Recht dargelegt, wie es nicht Aufgabe der Arbeiterschaft sein kann, sich der Rationalisierung der Betriebe zu widersetzen, so sie haben die Vervollkommnung der Produktionsmethoden als notwendig bezeichnet und begründet. In den zahlreichen Fällen jedoch, wo Stilllegung der bequemere Ausweg aus den Provisorien des Privatkapitals ist, wird immer aufs genaueste zu prüfen sein, ob mit den Opfern der Arbeiterschaft der volkswirtschaftliche Zweck der Rationalisierung, die Steigerung der Gesamtproduktion und des Absatzes, auch wirklich erreicht wird. Für die Kaliumindustrie ist diese Frage zum mindesten nicht einwandfrei geklärt, solange der notwendige großzügige Preisabbau nicht erfolgt ist.

### Unterbilanz bei Krupp.

Die Bilanz der Friedrich Krupp A.-G. Essen weist für das abgelaufene Geschäftsjahr einen Verlust von 15,3 Millionen Mark aus. Die Begründung, die der Verlust im Geschäftsbericht erfährt, läßt darauf schließen, daß die Unterbilanz mindestens zu einem wesentlichen Teile herbeigeführt ist durch eine Abwertung früher überbewerteter Anlagen. Das gilt ganz ausgesprochen für die Germania-Werke in Kiel, die zu dem Besitz der Firma Krupp gehört und die auf ihre Anlagen eine Sonderabrechnung von 7 Millionen Mark bei einer gleichzeitigen entsprechenden Herabsetzung des Aktienkapitals vornimmt. Die Germania-Werke wird demnach nur noch ein Aktienkapital von 3 Millionen Mark haben. Es ist eben nicht mehr möglich, die Werksanlagen ausreichend zu beschaffen. Dagegen hat die Abteilung Maschinenbau und von ihr insbesondere der Schiffsdieselmotorenbau gut gearbeitet. Der Kapitalherabsetzung bei der Germania-Werke entspricht es, wenn die Friedrich Krupp A.-G. ihre Beteiligungen bei Tochterunternehmungen jetzt nur noch mit 25,6 Millionen Mark ausweist, während diese in der Gold-eröffnungsbilanz mit 30,8 Millionen figurierten.

Starke Einschränkungen des Betriebes und Konzentration auf die lohnende Beschäftigung im Maschinenbau und in den Gußstahlwerken kennzeichnen die Entwicklung dieses größten Rüstungsbetriebes der Vorkriegszeit. Es ist erinnerlich, daß die zahlreichen Arbeiterentlassungen und Betriebseinsparungen bei Krupp in der letzten Zeit viel von sich reden gemacht haben. Das Bild, das die Entwicklung der Belegschaft bei den einzelnen Unternehmungen ergibt, zeigt dies aufs deutlichste. Beschäftigt waren:

|                              |           |           |           |
|------------------------------|-----------|-----------|-----------|
|                              | 30. 6. 23 | 30. 9. 24 | 30. 9. 25 |
| Krupp insgesamt              | 97 903    | 71 320    | 65 145    |
| Sabon Gruson-Werke-Magdeburg | —         | 4 655     | 4 682     |
| Germania-Werke Kiel          | —         | 8 239     | 5 871     |

Auf der Generalversammlung erklärte der Aufsichtsratsvorsitzende Krupp v. Bohnenhalbach in seinen eingehenden Darlegungen, daß man besondere Vorsicht bei der Bewertung der einzelnen Posten haben wollen lassen. Die Anlagen scheinen trotz wesentlicher Verbesserung nicht höher als bisher. Der Verlust von 15 Millionen Mark enthält neben den tatsächlich eingetretenen Einbußen der Betriebe auch Abschreibungen auf die Bestände, die noch immer zu hoch seien.

Wie bereits erwähnt, hatte nur ein Teil der Anlagen der Krupp-Werke in dem letzten Geschäftsjahr gute Beschäftigung. Schon die Zahlen der Beschäftigten zeigen, daß das Erlösverhältnis verhältnismäßig am besten abgesehen hat. Starke Zurückschraubungen der Belegschaft wurden beim Hauptwerk in Essen und den ihm unmittelbar dienstbaren Betrieben vorgenommen. Diese ganze Beschränkung des Betriebes ist nichts anderes als eine zwangsläufige Folge der Umstellung des Rüstungsbetriebes auf die Fabrikation für Friedensbedarf. Es ist selbstverständlich, daß trotz aller anerkennenswerten und erfolgreichen Bemühungen technische Neuerungen (Gelbstahl) und hochwertige Maschinen auf den Markt zu bringen und diesen Waren auch den Auslandsmarkt zu sichern, ein so gewaltiger Betrieb, wie das Kruppische Unternehmen, Jahre braucht, wenn er überhaupt jemals in die Lage kommen soll, in demselben Umfange wie vor dem Kriege auf dem neuen Gebiet zu produzieren. Die Inflation hat manche Verluste, die dabei entstehen konnten, verschleiert. Insofern stellt die heutige Verlustbilanz nur eine notwendige Korrektur dar. Bemerkenswert ist aber, daß Krupp v. Bohnen den Ruhrbruch der Franzosen für die Unterbrechung verantwortlich machte, die der Ausbau der Friedensproduktion in den Essener Betrieben erfuhr. Wenn man heute darüber klagt, daß nach Ablegung der Entscheidung immer noch ein Verlust von 100 Millionen Mark bleibe, so ist doch daran zu erinnern, daß die Schwerindustrie sicherlich nicht alles getan hat, um den Ruhrbruch und die mit ihm verbundenen Schäden durch eine vorausschauende Politik abzumehren.

60 Millionen Mark Borratsaktien, die im Jahre 1923 ausgegeben worden waren, werden jetzt eingezogen. Das

Wohlstand des Ruhrbezuges beträgt demnach nur noch 100 Millionen Mark. Es gehört trotzdem zu den bedeutendsten der ganzen Schwerindustrie, und es will viel heißen, daß die Krupp-Werke nicht nur im Hinblick auf die Eigenart ihrer Produktion dem geplanten Rheinisch-Westfälischen Montantrust fernbleiben, sondern daß sie auch sonst auf der Generalversammlung durch ihren Leiter ein starkes Vertrauen in die eigene Produktionsfähigkeit kundtat. Im Gegenstoß zu vielen anderen großindustriellen Unternehmungen. Bemerkenswert ist die dankbare Anerkennung, die Krupp v. Bohnen der ausländischen Kredit-hilfe während der schweren Uebergangszeit zollte. „Aus Amerika sind uns, wie in den Jahren der Hungersnot Lebensmittel, so mancher erhebliche Betriebsmittel zugeflossen.“ Diese Anerkennung ist außerordentlich bezeichnend für einen Wirtschaftsführer, der an „nationaler“ und sozialreaktionärer Einstellung seinen Kollegen von der Schwerindustrie sicherlich nichts nachgibt, sich aber trotzdem nicht davon abhalten läßt, der amerikanischen Kredit-hilfe die berechnete Anerkennung zu erweisen.

### Betriebsstilllegungen im Ruhrbergbau.

Nach einer früher veröffentlichten Zusammenstellung waren im Ruhrbergbau bis Mitte Oktober 1925, abgesehen von kleineren Betrieben, 48 Zechenanlagen mit 43 252 Mann Belegschaft stillgelegt. Nach dieser Zeit wurden folgende weitere Stilllegungen vorgenommen:

| Name d. Zechen u. Betriebsort         | in Betrieb seit Belegsch. | SHGeg.         |
|---------------------------------------|---------------------------|----------------|
| Gutglück und Brangel                  |                           |                |
| Sormholz bei Dattingen                | 1890                      | 120 Okt. 1925  |
| Pluto-Wilhelm, Köhlinghausen b. Wanne | 1876                      | 2376 Nov. 1925 |
| Der Trappe, Silschede                 | 1848                      | 736 Dez. 1925  |
| Magen III/IV, Röhren b. Unna          | 1854                      | 2410 „ 1925    |
| Centrum II/V, Wattenscheid            | 1876                      | 1136 „ 1925    |
| Friedrich Joachim, Essen              | 1875                      | 1801 „ 1925    |
| Unser Fritz II/III, V, Wanne          | 1885                      | 1655 „ 1925    |

Die Gesamtzahl der in diesen Betrieben beschäftigt gemachten Arbeiter beträgt 10 234, mithin sind bis Mitte Februar insgesamt 55 größere Anlagen mit 53 486 Mann Belegschaft außer Betrieb gesetzt worden. Außer diesen 55 größeren Anlagen sind noch 20 kleinere Betriebe, meist Stollenbetriebe, mit insgesamt 275 Mann Belegschaft stillgelegt worden. Zu bemerken ist, daß die angegebene Belegschaftsziffer nicht sämtliche infolge des Absatzmangels und des dadurch hervorgerufenen Stilllegungsprozesses zur Entlassung gekommene Leute umfaßt. Abgesehen von den Stilllegungen ganzer Zechenanlagen wurden auf vielen Zechen Betriebs Einschränkungen vorgenommen, die ebenfalls umfangreiche Entlassungen mit sich brachten. Andererseits ist zu beachten, daß die auf den stillgelegten Zechenanlagen entlassenen Leute nicht sämtlich arbeitslos geworden sind, sondern größtenteils auf anderen Anlagen untergebracht werden konnten. Ende März 1925 waren im Ruhrbergbau 467 993 Arbeiter beschäftigt, Ende Januar 1926 388 818 Arbeiter, mithin hat sich die Belegschaft seit März 1925, von welchem Zeitpunkt an die Zechenstilllegungen und Betriebs Einschränkungen hauptsächlich begonnen haben, um 79 175 vermindert.

### Der Geschäftsbericht der Reichsbahn.

Das Amtliche Nachrichtenblatt der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft veröffentlicht den Bericht über das erste Geschäftsjahr der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft. Die Betriebsergebnisse für das Geschäftsjahr 1925, das die Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 31. Dezember 1925, also 15 Monate umfaßt, liegen noch nicht fest. Im ganzen ist es gelungen, neben den laufenden Betriebsaufgaben und den Aufwendungen für werbende Anlagen fristgemäß die Zahlungen für den Dienst der Reparations-schuldverschreibungen zu leisten. Außer diesen Ausgaben hat die Gesellschaft für die Wiederinstandsetzung der Rhein- und Ruhrbahnen erhebliche Mittel aufgewendet.

Die Breslauer Messe, die am Sonntag eröffnet wurde, ist angesichts der ungünstigen Wirtschaftslage diesmal nicht von allzuviel Hoffnung begleitet. Die Zahl der Aussteller entspricht nicht den sehr erweiterten modernen Räumlichkeiten der neuen Messebauten. Immerhin sind einzelne Branchen, wie Legitwaren, Schuhwaren und auch das Möbelgeschäft von Ausstellern gut besetzt. Unter dem Käuferpublikum fehlt diesmal infolge der ungünstigen Lage der Handelspolitik jeder größere Zustrom von den östlichen Nachbarländern, besonders auch von Ost-Oberösterreich und dem übrigen Polen. Gut vertreten sind die Provinzläufer aus den beiden schlesischen Provinzen Preußens, die auch ziemlich zahlreiche, aber meist bescheidene Kaufaufträge gaben. Der Gesamtumsatz wird daher nicht allzu groß sein, jedoch eine Diskussion über die zukünftige Einschränkung der Breslauer Messerveranstaltungen unter dem Einfluß der jetzigen Erfahrungen bereits in der Öffentlichkeit begonnen hat.

Die Stadtschaften und die Förderung des Wohnungsbaues. Im Geschäftsjahr 1925 haben die der preussischen Zentralstadtschaft angeschlossenen Stadtschaften in beträchtlichem Umfang an der Herstellung von Wohnungen mitgewirkt. An der Finanzierung oder endgültigen Fertigstellung von Wohnungen waren beteiligt: die Stadtschaft der Provinz Brandenburg bei 1478 Wohnungen, die Pommersche Stadtschaft bei 877 Wohnungen, die Ostpreussische Stadtschaft bei 400 Wohnungen und die Stadtschaft der Provinz Hannover bei 300 Wohnungen. Insgesamt wurden also 3055 Wohnungsneubauten unter Mitwirkung der genannten vier Stadtschaften hergestellt. Auch für das Baujahr 1926 liegen Anträge auf Beilegung von Neubauten in großer Anzahl bei den Stadtschaften vor. Allein die Stadtschaft der Provinz Brandenburg hat bisher schon Darlehen für etwa 1400 Wohnungen (2-3 Zimmer) bewilligt. Ähnlicher die gleichen Zahlen dürften von der Ostpreussischen, Pommerschen und hannoverschen Stadtschaft erreicht werden. Der Goldpfandbriefumlauf der Zentralstadtschaft stellte sich am 1. März 1926 auf rund 43 Millionen Goldmark; in Bearbeitung befinden sich bei den einzelnen Stadtschaften Darlehensanträge in Höhe von rund 28 Millionen Goldmark.

Ein irreführender Druckfehler hat sich in unserem Bericht am Sonnabend über „Siemens und der Eisentrust“ eingeschlichen. Nicht dem Arbeiterrat sind 66 170 M. zugewendet worden, sondern, wie kritische Leser wohl von selbst vermutet haben, dem Aufsichtsrat. Arbeiterräte erhalten bekanntlich keine Sondervergütung.

# MAGGI<sup>s</sup> Würze ist einzig

In Qualität, Ausgiebigkeit und deshalb Billigkeit.

Vorteilhaftester Bezug in großen Originalflaschen zu RM. 6.50. Man achte auf unversohrten Plombenverschluß.





## Beppi.

Von Justus Franz Wittkop.

Hinter dem Bahnhof liegt ein Viertel der Großstadt, wo die Straßen geradlinig und obgleich nicht eng, stets düster und grämlich sind. Das ununterbrochene Getöse der Lastkraftwagen hat die Häuser verärgert und alt gemacht, und der saure Rauch, der immer von gestern her noch unter dem Himmel hängt, läßt sie nur unfreudig mit den vielen einförmigen Fenstern blinzeln. Die Menschen hasten dort über den feuchten Staub des Pflasters ständig in Eile vor Dingen, die sie manchmal nicht wissen. In einem Eckhaus mit niedrigen, breiten Schaufenstern befindet sich eine große Eisenwarenhandlung. Vor dem einen Fenster, in dem Messer verschiedener Größen in hartem Glanz gereiht liegen, lehnt ein schmachtiger Knabe und träumt über dem stählernen Märchen schweifende, hastige Träume.

Beppi Kanzer ist ein seltsames Kind. Von seinen Eltern, der Vater Eisenbahner, die Mutter Näherin, fast ständig sich selbst überlassen, meidet er gerne den Umgang fremder Gespielen und seine Spiele sind altfugig und zurückgeblieben. Mit Puppenpuppen und abgegriffenen Glibbermännern hantiert er oft lange Nachmittage in einer einsamen Küchenecke und seine Bewegungen sind dann herrlich und nicht die eines Zwölfjährigen. Jährlich hängt er an seinen Kaninchen, die auf dem schmalen Balkon über dem Hof in einem Kistenstall auf den Schlichttag warten, und doch freut er sich unter tieftraurigem Weinen, wenn wieder eines als Festtagschmaus geopfert wird, denn der Erbs des Feils schießt nach eingewöhntem Recht in seine Tasche.

Mit den so gesammelten Groschen weiß er sparsam, ja fast geizig umzugehen, bis er dann eines Tages in irgendeinem raschen Einfall die lange gehütete Summe verschwendet, für ein großes Bild, für ein lockendes Buch, für ein abenteuerliches irgendwas, das plötzlich seine Begierde entfacht hat. Vor dem prohlenden Stahl der vielen glatten Messer sieht ihn wieder ein sinnloser Wunsch, und er erwirbt sich ein solch fremdes, kühles und an Möglichkeiten reiches Gerät, das er mit Sorgfalt und eifrig in seinem knappen Kofe unterbringt. Dann schlendert er mit steilen Schritten durch das rastlos alltägliche Gewühl die Straße hinab.

Wo der Gürtel der Schienenstränge die Straße schneidet, bückt sie sich und verschwindet in einem dunklen Tunnel, der auch tagsüber von bleichen Gaslampen beleuchtet, doch nur zu bestimmten Stunden vom Verkehr gebraucht wird, denn jenseits liegen Arbeiterquartiere und nur deren Einwohner sind auf dem Wege zur Fabrik und rückkehrend die Passanten. An Nachmittagen aber verdedet der dumpfige Steinflauch, nur ab und zu durch das lange Hallen eines eiligen Schrittes oder vom brüllenden Rollen der darüberhinwegsaufenden Züge aus seiner feuchten und lautlosen Trägheit gewekt.

Beppi Kanzer setzt sich auf einen der grünen Sockel, die die kantigen Stützpfiler tragen, und seine Phantasie malt in die gähnende Höhle hinein laute und graufige Abenteuer. Er ergreift Besitz von dem herrenlos lauernden Raume, macht sich zum König der fauligen Schatten und die Steinquader werden ihm zu drohenden, wüsten doch ihm untertänigen Getieren; und von Zeit zu Zeit gellende Rufe schlendernd, spielt er mit fiebernden Gesten einsame und heiße Spiele von Rittern und Detektiven, von D-Jüngen und Giganten. Geschieht es aber, daß irgendein Fremder den matterhellsten Tunnel hastig durchquert, so birgt sich der kleine gepenstige Akteur scheu im Dunkel einer Nische.

So verläuft der Nachmittag. Da fällt ihm bei einem eifrigen Sprunge das im Laumel der Abenteuer längst vergessene Messer aus dem Kofe mit hellem, gebietendem Klange. Fast erschrickt er davor. Dann greift er es auf und alle die stummen und wilden Bilder seiner Knabenseele gruppieren sich um den blanken, Gefahren betogenden Gegenstand. Er schwingt ihn triumphierend als Waffe. Mit dem großen Dolch wird er ein Räuberfürst, eine Schlucht in Felsenbergen der hohle steinerne Raum. Er wartet auf Laten, träumt unerhörte Kämpfe, Beute von farbigen Dingen, heldenhafte Befreiungen und laute Siege. So lauert er und ist ganz voll von wilden träumenden Bildern.

Da hallt von dort her, wo der Tag fleisch vor der Doffnung liegt, ein zaghafter kleiner Schritt. Beppi duckt sich zurück und blinzelt dem Schall entgegen. Die Bilder lärmen in ihm, daß er zittert. Doch langsam, unendlich langsam, tappi sich das Kommen heran. In dem Wirrwarr von grünen Schatten und fahlen Lichtern ist die Gestalt verloren und schied nur das jage, leichte Schallens voraus. Es will den Lauscher schliefende Furcht besallen. Die Träume sind am Zerinnen und das Bewußtsein, ein ohnmächtiges Kind in der gepenstigen Dade des unterirdischen Raumes zu sein, will ihn eiskalt lassen. Es zu betäuben, jagt er sich blind, blind zurück in seine Träume. Die Augen geschlossen wartet er. Sein Warten ist nur noch Wunsch: in die Gefahr entfliehen.

Da ist das Tappen bei ihm. Vorspringend packt er einen Arm und starrt in ein zuckendes, gedunsenes Kinder Gesicht. Zwei wasserblasse Augen fragen ihn mit entsetztem Stummsein. Ueber einen hängenden Mund klebt sich ein blaßes Lächeln. Böse Mut loht ihn. Er schüttelt das tierisch erschrockene Gegenüber. In Verachtung über das Nichtbegreifen, daß es Kampf gilt, hebt er das Messer und schießt es in das sammelweiche Fleisch eines plumpen Knabenhalses sinken. Die Leiche fällt ihm aus der Keinen, haltenden Hand.

Eine Leichtigkeit löst wie Freude seine Glieder, hüpfenden Schritten will er davon. Da sieht er niederblickend das Messer über dem Matrosentrog stecken in dem dunklen Klumpen zu seinen Füßen. Und ein graußiges Befinnen schleicht sich ein. In die Knie stürzend, sucht er den feuchten Messergriff, ihn zurück zu ziehen. Die tastende Berührung entreibt ihm einen minutenlangen Schrei, er schreit in wahn sinnigen Klängen. Dann löst er sich langsam und steht bei seiner Tat, ein schüchtern weinendes Kind.

Die Erlösung hört er endlich einen festen Schritt. Dem läuft er entgegen, sieht eine schwielige Männerhand, streichelt und küßt sie, und mit schmeichelndem Schluchzen weh er nur immer den einen Satz: Ich hab' wirklich nur gespielt, ich hab' wirklich nur gespielt!

## Mätressen.

Von Hermann Schübinger.

Kein Fackelzug gegen die deutschen Fürsten hat im Kampf um die „Abfindung“ so gut geoffen, wie der kleine Adelstich, den die beiden Fürstentümer des letzten Mecklenburger Großherzogs — sicherlich unbewußt und ungewollt — gegen die Gottesgnadenherrlichkeit von Wilhelm einundzwanzig Teabanten geführt haben. Der „Cardeja de Razzenau“ und der „Gräfin Bubna-Eltic“ war es schließlich nur um ihre paar „armelige Kröten“ zu tun und nicht um

die Diffamierung eines für sie so einträglichen und dankenswerten Regimes. Da besonders Lächerlichkeit tötet, und zwar gründlicher als Korruptionsaffären und Brandbriefskandale, ist in diesem Streite um die Apomag der mecklenburgischen „Staats-Mätressen“ Wilhelm von Doorn der blamierte und die Republik der profitierende Teil.

Dieses Wort „Mätresse“, das im Französischen so liebenswürdig und selbstverständlich klingt, hat in Deutschland, wo das Fallbeil nicht wie in Frankreich unter die Dubarrns und Pompadours einen biden Strich ziehen konnte, einen tief im Volksbewußtsein schlummernden harten und häßlichen Klang. Die Mätresse, die in der Rokokozeit eine Art Staatsinstitution war und meist auf den Gang der Staatsmaschine und die Intensität des Steuerdrucks direkt und indirekt einen größeren Einfluß ausübte, als die langweilige und in die Ecke gestellte legitime Königin, war für die ausgebeugten Bauern und Kleinbürger des 17. und 18. Jahrhunderts der Inbe-

## Keinen Pfennig den Fürsten!



Schülfe den getrunkenen Vampir ab, deutsches Volk!

griff des fürstlichen Schlemmerlebens. Der ganze Haß des niedergetretenen „dritten Standes“ konzentrierte sich auf diese eine Person, die der Landesherr aus dem Volk, aus irgendeinem Bürger- oder Bauernhaus zu sich emporgehoben hatte. Sie war Fleisch von ihrem Fleisch, Blut von ihrem Blut — und trah trotz dem mit lothendem Gesicht all das, was ihr der Fürst als „Strumpfgeld“ ins Haus schlepte. Kein Wunder, daß in den achtundvierziger Jahren selbst der schlafmüdigste Spießbürger aus vollem Herzen den Hecker-Bers mitzubrüllen pflegte:

„Reißt die Konkubine, reißt die Konkubine, aus des Fürsten Bett! Schmiert die Guillotine, schmiert die Guillotine mit Tyrannensett!“

Wenn man die „Mätressen“, beispielsweise der Hohenzollern, Revue passieren läßt — ohne jegliche Animosität gegen die ehrwürdige Institution der „Konkubine“ an sich, die bei dem System der „Fürstenheit“ dem armen, zwangsweise verheirateten Landesvater die einzigen Erholungstunden verschaffte —, so muß doch gesagt werden, daß sich in der Regel höchst unwürdige Kreaturen in den Besitz des Landesherren zu setzen verstanden.

Was für finstere Szenen entrollt Martin Luther in seinem Kampf gegen die morgantische Ehe des brandenburgischen Kurfürsten Joachim I. mit der Frau des Berliner Bürgers Wolf Hornung!

Sein Sohn Joachim II. hatte sich die „schöne Giechere“ Anna Sydow, die Witwe eines Kanonengießers und Artilleriehauptmanns, zuglegt. Schon damals flackerte der Jörn gegen die „Mätresse“ Seiner Kurfürstlichen Gnaden selbst in den Köpfen brandenburgischer Bauern und Hinterlassen auf.

Die Gräfin Wartenberg, die Mätresse des ersten preußischen Königs, ist wohl in der ganzen hohenzollernischen Familiengeschichte die unwürdigste Person. Als Frau eines Kammerdieners ist sie an den preußischen Hof gekommen, wurde die Mätresse und schließlich Frau des Grafen von Wartenberg, der seine Gemahlin dann dem König als „Staatsmätresse“ zuführte. Hier spannt das liebestolle Weib ein Abenteuer nach dem anderen mit den fremden Diplomaten, an die sie alle Geheimnisse der preußischen Politik verriet.

Recht harmlos nimmt sich dagegen das Techtelmechtel Friedrichs II. mit der Tänzerin Barberina aus, über das Voltaire mit zynischem Spott zu böhnen pfliegte, Friedrich habe sich nur deswegen in sie verliebt, „weil sie Mannesbeine hatte“.

Wilhelmine Enke dagegen ist der böse Geist Friedrich Wilhelms II.: sie hat es zwar nicht so weit gebracht, wie ihre „Kollegin“, das Fräulein von Boh, das dem König unter höchstem Zeremoniell angetraut wurde; trotzdem war sie während seiner ganzen „Regierungszeit“ der eigentliche Hausmarschall Setzer ganzes „Regiment“. Sie ist in erster Linie verantwortlich für die 118 Millionen Taler, die ihr Allerhöchster Herr in wenig Jahren aus der preußischen Staatskasse verschleudert hat!

Und das sollen wir jetzt berappen? Wir denken gar nicht daran, nach kleinbürgerlicher Philisterart über die Eheirungen unserer eintigen Landesväter zu lamentieren, und wissen sehr gut, daß die Zeiten der Pompadour, der Dubarrn, der Lady Hamilton und der Lola Montez endgültig vorbei sind. — Und trotzdem: Die „Mätressen“ des feudalistischen wie des modernen Vudesherrn sind eben nun einmal aus öfent-lichen Mitteln unterhalten worden! Darum haben wir hier ein Wort mitzureden! Und dann: Wenn es einem Volk aut geht, dann ist man leicht geneigt, über galante Verirrungen der oberen Zehntausend ein Auge zuzudrücken — wenn die Karre aber durch die Schuld derer da oben im Dred festgefahren ist, dann freffen die Dinge, über die man sonst lacht, wie Feuer im leeren Magen! Die „Karbolmäschen“ in der Etappe und die Dämchen im Vager von Stenay und von Charteville, die haben uns nie so sehr in die G-därme gestochen, als wenn wir voll Dred und Schweiß von vorn kamen, aus der Dade der Massenmächte. Wenn's einem drecks geht, dann fehlt einem absolut jedes Verständnis für leichtgehürzte Röde. Und gar im Bereich der Beschühe wurden Weiberbeine zur Farcel!

## Umwandlung chemischer Elemente.

Ueber dieses Thema sprach der berühmte Chemiker der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Prof. Haber, in einem von der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften veranstalteten Vortrage. Er bemerkte einleitend, daß nach der übernommenen Anschauung in der Ueberchrift eigentlich ein Widerspruch liege, denn ein chemisches Element sei ja ein Stoff, der sich auf keine Weise umändern und in einen anderen Stoff verwandeln lasse. Zwar ist die Vorstellung, daß die Welt aus 70 bis 80 verschiedenen Arten von Baustoffen zusammengesetzt sein soll, nicht recht plausibel und nicht ohne Widerstand angenommen werden, zumal ja bei der Ordnung der Elemente (Grundstoffe) nach ihrem Atomgewicht gewisse chemische Ähnlichkeiten in periodischer Folge wiederkehren, was auf eine innere Verwandtschaft dieser Elemente hindeutet. Aber schließlich trat, wie es in der Wissenschaft so oft geschieht, an Stelle der Verständlichkeit die Gewöhnung, und man fand sich mit dieser Vorstellung ab. Da wurden zu Ende des vorigen Jahrhunderts die radio-aktiven Erscheinungen bekannt, deren nähere Erforschung uns einen spontanen (von selbst erfolgenden) Zerfall bestimmter radio-aktiver Grundstoffe und ihre Umwandlung in andere zeigte. Der überkommene Begriff des Elements mußte nun fallen gelassen werden, und ebenso der des Atoms, das deutlich eine innere Struktur verriet.

In diese Struktur näher einzudringen gelang zuerst dem englischen Forscher Rutherford. Die radio-aktiven Substanzen senden drei Arten von Strahlen aus, die man als Alpha-, Beta- und Gammastrahlen bezeichnet. Von diesen haben sich die Betastrahlen als kleinste Bestandteile negativer Elektrizität, als nicht an gewöhnliche Rasse gebundene Elektronen erwiesen, während die Alphastrahlen mit positiver Ladung verfehene Heliumatome sind. Helium entsteht also unmittelbar aus radio-aktiven Elementen. Rutherford ist es dann gelungen, unter der Einwirkung solcher Alphastrahlen auf andere Atome, auch solche von nicht radio-aktiven Substanzen, Teile loszulösen und sie dadurch in andere Stoffe zu verwandeln. So konnte er einen tiefen Einblick in den Bau der Atome tun, die stets einen positiv geladenen Kern zeigen, um den negative Elektronen kreisen. Die Ladung des Kerns, die beim Wasserstoff mit 1 beginnt und beim Uran den Wert 92 erreicht, bestimmt die Stellung eines Stoffes in der Reihenfolge der Elemente. Als Bausteine der Atomkerne, die unter dem Bombardement mit Alphastrahlen losgelöst werden, sind Wasserstoff- und Heliumteilchen mit Sicherheit nachgewiesen. Wenn man bedenkt, daß von einer Million Alphateilchen immer nur eines den Atomkern mit voller Durchdringungskraft erreicht, so wird verständlich, daß die Zahl der gelungenen Kernzertrümmerungen noch nicht sehr groß ist. Die Untersuchungen werden außer von Rutherford und seinen Schülern im Wiener Radiuminstitut fortgesetzt und haben schon manchen schönen Erfolg gezeitigt. Sollte es gelingen, die elektrischen Spannungen, mit denen wir gegenwärtig schon auf eine Million Volt kommen, hoch zu verdoppeln, was durchaus im Bereich der Wahrscheinlichkeit liegt, so werden die Erfolge vermutlich noch größer werden, da dann zahlreichere Alphateilchen mit großer Energie erhalten werden können.

Der Vortragende wandte sich zum Schluß noch den Aufsehen erregenden Versuchen zu, die gleichzeitig und unabhängig von einander in Deutschland und Nagasaki in Japan zu der Behauptung geführt haben, es sei ihnen die Umwandlung von Quecksilber in Gold gelungen. Bekanntlich haben Nachprüfungen dieser Versuche durch deutsche und amerikanische Forscher ein völlig negatives Ergebnis gehabt. Auch im Kaiser-Wilhelm-Institut sind die Versuche sehr sorgfältig wiederholt worden, — ebenfalls mit durchaus negativem Ergebnis. Die ganz geringen Spuren von Gold, die sich fanden, konnten nicht vermehrt werden, obwohl man die Versuche 20 Stunden lang andauern ließ; sie stammen offenbar aus den als Elektroden benutzten Metallen und dem Quecksilber, denen sie als Verunreinigung beigelegt waren. Wie sorgsam man verfahren muß, zeigte ein Fall, in dem ein junger Chemiker anfänglich eines anderen Versuches Gold gefunden hatte; er hatte seine goldene Brille mit den Händen angenommen, und ohne die Finger zu reinigen eine Substanz in den Analysentiegel getan, woraus sich die Anwesenheit der geringen Goldspuren erklärte.

Die Frage steht heute so, daß die Möglichkeit der Umwandlung von Quecksilber in Gold bejaht werden muß, gelungen ist sie aber bisher noch nicht. Doch darf man sich durch Heißschläge keineswegs entmutigen lassen.

## Wie die Straße abgetreten wird.

Wenn unsere Väter auf der Landstraße spazieren gingen, da befanden sie sich in einer idyllischen Einsamkeit, verglichen mit den heutigen Zuständen. Dann und wann holperte ein Bauernwagen an ihnen vorbei oder ein Fuhrwerk mit einem Wehger, und hier und da lauschten ein paar Radfahrer vorüber. Heute ist die Landstraße, die damals durch den Eisenbahnverkehr entlastet war, durch die Entwicklung des Kraftwagenwesens wieder neu belebt; immerfort jähren Autos an uns vorüber und rattern schwere Kraftlastwagen. Ähnlich ist es ja auch in den belebten Straßen der Großstädte, wo sich ein Verkehr abspielt, den man sich früher auch nicht im Traume vorstellen konnte. Damit geht aber eine starke Abnutzung der Straßen Hand in Hand, und der Straßenbau ist vor ganz neue Aufgaben gestellt, über die Ingenieur R. Fehler in der „Umschau“ nähere Mitteilungen macht.

Besonders interessant sind einige Zahlen, die zeigen, wie stark die moderne Straße abgetreten wird. So hat man berechnet, daß das Klinkerpflaster auf Gehsteigen von den Fußgängern innerhalb 22 Jahren von 40 auf 22 Millimeter abgetreten wird; Granitsteinpflaster wird auf den Fußwegen schon in 35 Jahren von 170 auf 55 Millimeter abgefahren; es findet also hier ein intensiver Vermaahlungsprozeß statt, durch den man die Menge des erzeugten Staubs begreift. Wie sich der Verkehr auf der Landstraße innerhalb eines Vierteljahrhunderts verändert hat, ergibt sich aus den Zahlen des täglichen Durchschnittsverkehrs auf der Straße zwischen Karlsruhe und Durlach. Danach wurden 1918 1935 Zugtiere, 20 Personen- und 5 Lastkraftwagen gezählt; 1923 waren es nur noch 575 Zugtiere, aber dagegen 370 Personen- und 630 Lastkraftwagen. Noch viel rascher ist der Verkehr in den Städten angewachsen. 1900 gab es in München an Beförderungsmitteln 526 Pferdepersonnenwagen, 48 Kraftwagen, 6 Krafträder, 818 Pferdepersonnenwagen und 38 000 Fahrräder. Für 1924 aber sind die Zahlen folgende: 290 Pferdepersonnenwagen, 2750 Kraftwagen, 2227 Krafträder, 532 Pferdepersonnenwagen, 1743 Lastkraftwagen und 130 000 Fahrräder. Die Straße wird in der Stadt noch bedeutend mehr in Anspruch genommen als auf dem Lande, aber die Erneuerung ist wesentlich einfacher, da die schadhafte Stellen räumlich begrenzt und leichter zu sperren sind. Auf den Landstraßen sind die Aufgaben sehr viel schwieriger; man hat aber in neuester Zeit mit verschiedenen Verfahren recht gute Erfahrungen gemacht.

Ein Vogel, der im Ei mauert. Eine ganz eigenartige Erscheinung läßt sich bei den sogenannten Großfußhühnern beobachten, jenen tropischen Vögeln, die ihre Eier in riesige Blätterhaufen legen, durch deren Gärungswärme die Eier ausgebrütet werden. Wenn die Jungen aus dem Ei schlüpfen, sind sie körperlich bereits so vollkommen ausgebildet, daß sie sich ganz selbständig ihre Nahrung suchen können, also nicht mehr auf die Hilfe der Eltern angewiesen sind. Das erste Daunenkleid, das bei den anderen Vögeln den aus dem Ei schlüpfenden Vogel deckt, wird bei den Großfußhühnern denn auch schon innerhalb des Eies mit dem Gefieder des schon weiter entwickelten Jungvogels vertauscht.



